



RESPEKT!



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK

miteinander STÄRKEN



NEUES PROGRAMM
Verbandstag 2018

NEUE POLITIK
Nach der Eheöffnung

NEUE PROJEKTE
Vernetzen und Beraten

HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG



8-14 STARKE PROJEKTE!

Miteinander stärken

Queer Refugees

Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien



Foto: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

23-27 HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG!

Konferenz in Mazedonien

13 Forderungen für Inklusionskonzept

Stimmen zum Inklusionskonzept

Postkoloniale Praxis

Inhalt

bundesverband!

3 Alles Gute zur Verfassung
Editorial

4 Was wir erwarten
Politik nach der Eheöffnung

6 Neues Programm
Menschenrechte, Vielfalt und Respekt

15 Die Salonfähigen
Wie Medien berichten

16 10 Jahre Denkmal
Festakt mit Bundespräsident

18 Starker Verband
30. Verbandstag in Köln

22 Projekt Masakhane
Afrikanische Aktivistinnen

35 Mitglied werden
LSVD unterstützen lohnt sich

36 CSD-Saison 2018
Give-aways des LSVD

37 Gedenken
Nachruf auf Eddi Stapel

38 Was der LSVD macht!
Für Menschenrechte,
Vielfalt & Respekt

länder!

28 Neue Aktionspläne
Wo bleibt Bayern?

29 Sport frei
Sportjahr in Berlin-Brandenburg

30 Bunt ist besser!
Neues Gesicht

32 Sichtbar in BaWü
Regenbogenfamilienfreizeit

32 Senior*innen stärken
Gesetz in Hamburg

33 Mehr Akzeptanz
IDAHOT 2018

34 Aus dem Aktionsfonds
Projekte unterstützen

54 Aktiv in den Ländern
LSVD-Adressen



Impressum: respekt! • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik • ISSN 1431-701X • Herausgegeben vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD)

Redaktion: Markus Ulrich (Hauptverantwortlicher und V.i.S.d.P.), Günter Dworek, Klaus Jetz • **Weitere Autor*innen dieser Ausgabe:** Klaus Bischoff, Patrick Dörr, Henny Engels, Julia Hirschmüller, Axel Hochrein,

Elke Jansen, Kornelia Jansen, Sarah Kohrt, Ins A Kromminga, Barbara Mansberg, René Mertens, Jürgen Rausch, Lilith Raza, Christian Rudolph, Ulrike Schmauch, Uta Schwenke, Lucie Veith • **Grafik & Layout:** Franka Braun • **Titelfoto:** Caro Kadatz • **Druck:** Spree Druck Berlin GmbH • **Auflage:** 10.000 • **Redaktionsanschrift:** LSVD-Hauptstadtbüro, Almstadtstr. 7, 10119 Berlin • **E-Mail:** presse@lsvd.de • **Internet:** www.lsvd.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. August 2015. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. • **Datenschutzhinweis:** Die respekt! geht an alle Mitglieder des LSVD sowie an Multiplikator*innen aus Politik und Gesellschaft zum Zweck der Information über die Arbeit und Ziele des LSVD. Rechtsgrundlage der Datenerhebung sind Art. 6 Abs. 1 lit a. und b DSGVO bzw. Art. 6 Abs. 1 lit f DSGVO. Wenn Sie die respekt! nicht länger erhalten wollen, kontaktieren Sie uns. Sie haben jederzeit das Recht der Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen, Auskunft über die bei uns über Sie gespeicherten Daten zu verlangen sowie die Berichtigung oder die Löschung der Daten zu fordern. Mehr Informationen finden Sie unter www.lsvd.de/bottom-meta-navigation/datenschutz.html.

Spendenkonto: LSVD, IBAN: DE30 3702 0500 0007 0868 00

Mitglieder des LSVD bekommen die respekt! automatisch zugeschickt. Die Eintrittskarte in den LSVD finden Sie auf Seite 36.

Alles Gute zur Verfassung

Es sind unruhige, unberechenbare Zeiten. Gewissheiten werden aufgekündigt, Grenzen des Sagbaren bewusst und kalkuliert in eine Richtung verschoben, die Beschimpfungen und Gewaltphantasien als „Mut zur Wahrheit“ feiern. Menschen werden dazu angestachelt, ihren Hass und ihre Verachtung stolz in die Kommentarspalten oder auf die Straßen zu tragen. Und der Hass ist in den Parlamenten angekommen.



Foto: Christine Fiedler / LSVD

„Es wird besser“ – dieser Optimismus erfüllte lange Zeit das Engagement und eine Politik für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt. Aber was, wenn nicht? Augenblicklich gibt es vielmehr eine sehnsüchtige Glorifizierung vergangener Zeiten, die für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen garantiert keine guten Zeiten waren.

Uns wird derzeit vielmehr vor Augen geführt, wie fragil und zerbrechlich Normen des respektvollen und gewaltfreien Umgangs eigentlich sind. Unabhängig davon, dass sie im Alltag oft nicht eingelöst werden, plötzlich gelten sie nicht mal mehr als allgemein menschliche Werte, sondern als abzulehnende „linksgrün versifft Umerziehung“.

Gerade vor diesem Hintergrund ist die verfassungsrechtliche Garantie des bisher Erreichten ein dringendes Gebot der Stunde. Wir brauchen einen verbrieften Schutz, eine Sicherheit, die nicht mit einfacher Mehrheit gekippt werden kann. In Artikel 3 unseres Grundgesetzes muss endlich stehen, dass auch niemand wegen seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität diskriminiert werden darf. Die rechtliche Gleichstellung ist viel besser gesichert, wenn sie im Verfassungstext ausdrücklich verankert ist. Das Grundgesetz als Grundlage unseres Zusammenlebens explizit auf unserer Seite zu haben, wäre auch für die noch zu führenden Kämpfe um Anerkennung und Respekt ungeheuer wertvoll. Denn ein solches ausdrückliches Diskriminierungsverbot bringt unmissverständlich eine klare Ablehnung von Ideologien zum Ausdruck, die eine Ungleichwertigkeit von Menschen propagieren. Es wäre ein staatliches Bekenntnis, dass LSBTI als gleichwertiger Teil zu Deutschland gehören und ein Recht darauf haben, angst- und diskriminierungsfrei zu leben. Das würde auch unser Vertrauen in den Rechtsstaat und eine demokratische Gesellschaft stärken.

In seiner jetzigen Fassung hat es das Grundgesetz nicht vermocht, LSBTI in Deutschland vor Verfolgung und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Bundespräsident Steinmeier erinnerte beim Festakt zum zehnjährigen Jubiläum des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen an das Fortbestehen von staatlicher und gesellschaftlicher Verfolgung nach 1945: „Die Würde von Homosexuellen, sie blieb antastbar. Zu lange hat es gedauert, bis auch ihre Würde etwas gezählt hat in Deutschland.“

Außerdem wurden die Grundrechte von LSBTI in Deutschland bislang hauptsächlich aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit abgeleitet. Dieses Recht wird allerdings auch durch das sogenannte „Sittengesetz“ beschränkt. Zwar schlummert das Sittengesetz derzeit weitgehend inaktiv und unbeachtet in Artikel 2 der Verfassung. Aber ist es so undenkbar, dass es mit dem Wiedererstarken rechtspopulistischer und religiös-fundamentalistischer Strömungen ein unheimliches Comeback als Grundrechtsschranke erfährt? Nein – ist es nicht!

2019 wird das Grundgesetz 70 Jahre – das wäre ein guter Anlass, um die Ergänzung auf den Weg zu bringen. Sie wäre eine Anerkennung des Unrechts, eine Konsequenz der Aufarbeitung und eine Garantie für ein „Nie wieder“.

Markus Ulrich

„Frei und sicher leben“

Was die Bundesregierung im Bereich LSBTI*-Politik plant, und was notwendig wäre

Lange hat es gedauert, bis sich nach der Wahl eine neue Bundesregierung gebildet hat. Und im Ergebnis ist der Koalitionsvertrag ernüchternd und enttäuschend. Nach dem Motto „Es gibt viel zu tun – aber nicht durch uns“ ersetzen allgemeine Formulierungen konkrete Festschreibungen. Wie schon in der letzten Großen Koalition ist und bleibt das Thema LSBTI Streitpunkt. Die Union leckt noch ihre Wunden, dass sie ihre sinnlose Blockade gegen die Eheöffnung nicht aufrechterhalten konnte. Der SPD fehlte es anscheinend am notwendigen Mut oder Interesse, mehr heraus zu verhandeln. Eine ambitionierte Politik für LSBTI sieht jedenfalls anders aus.

So findet sich in den fast 200 Seiten des Koalitionsvertrags zwar eine Verurteilung von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit sowie die – eigentlich selbstverständliche – Aussage, dass „alle Menschen [...] unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können“ sollen. Wie dieses Ziel genau erreicht werden soll, das bleibt der Vertrag schuldig: Ankündigungen für einen Nationalen Aktionsplan, ein Bund-Länder-Programm gegen Hasskriminalität oder verstärkte Aufklärungsprogramme als Reaktion auf wieder ansteigende Homophobie und Transfeindlichkeit fehlen. Versprochen wird lediglich die Fortführung und Weiterentwicklung entsprechender Aktionspläne gegen Rassismus und Diskriminierung. Wir werden darauf dringen, dass die Bekämpfung von LSBTI-Feindlichkeit und Diskriminierung zumindest weiterhin Bestandteil im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus bleibt und dort ausgebaut wird.

Obwohl konkrete Vorhaben im Koalitionsvertrag fehlen, könnten gerade die Regierungsvertreter*innen der SPD in ihren Ressorts einiges bewegen. So überzeugte Katarina Barley in ihrer kurzen Zeit als Familienministerin. Als neue Justizministerin wird ihr Engagement für LSBTI nicht nur bei der versprochenen Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum dritten Geschlechtseintrag wichtig sein. Hier ist zwar das von der CSU besetzte Innenministerium federführend, das Justizministerium ist aber involviert und hat wie auch die neue Bundesfamilienministerin Franziska Giffey schon Widerspruch zur favorisierten und zu kurz gegriffenen Lösung von Horst Seehofer angemeldet. Eine menschenrechtsbasierte Gesetzgebung zur Anerkennung der Geschlechtsidentität ist auch für den LSVD unabdingbar.

Beide Ministerinnen sind auch im Bereich der Familienpolitik gefragt. Denn der Koalitionsvertrag verspricht die Stärkung und Entlastung von Familien. „Wir schreiben Familien kein bestimmtes Familienmodell vor. Wir respektieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens.“ Dieses Versprechen muss sich in einer Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts ausdrücken. Bislang fehlt eine rechtliche Anerkennung der vielfältigen gelebten Familienkonstellationen, obwohl kein Kind wegen seiner Familienform diskriminiert werden darf. Entschließen sich zwei miteinander verheiratete Frauen, gemeinsam eine Familie zu gründen, müssen die Gebärende und ihre Ehefrau endlich von Geburt an automatisch rechtliche Eltern des Kindes sein können. Bis heute ist trotz Eheöffnung immer eine langwierige und diskriminierende Stiefkindadoption notwendig.

Der LSVD fordert zudem einen verlässlichen rechtlichen Rahmen für Mehrelternfamilien und die Möglichkeit, dass Eltern, deren Vorname oder deren Geschlechtseintrag geändert worden ist, wählen können, wie sie in das Geburtenregister eingetragen werden wollen. Zukünftig sollten in Urkunden eher geschlechtsneutrale Leittexte verwendet werden. Das empfiehlt sich auch aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Personenstandsrecht, das eine dritte positive Option zu den bisherigen Einträgen „männlich“ und „weiblich“ einfordert.

Das Bundesfamilienministerium und das dort seit der letzten Legislatur eingerichtete Referat „Gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt“ war ein enger Partner für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt. Der LSVD will an die bisherige vertrauensvolle Beziehung und effektive Zusammenarbeit anknüpfen. So verspricht die kommende Bundesregierung Maßnahmen zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt, zur Bekämpfung von Sexismus sowie die Umsetzung der Istanbul-Konvention und ein Aktionsprogramm zur Prävention und Unterstützung von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern. Wir fordern, dass in all diesen gleichstellungspolitischen Maßnahmen ein breiter Ansatz verfolgt wird, der der Unterschiedlichkeit der Lebenslagen von Frauen gerecht wird und auch lesbische, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Frauen mitdenkt.



Bundeskabinett

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-00401173 / Fotograf: Steffen Kugler

Bei dem längst überfälligen Verbot von Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern findet sich die begrüßenswerte klare Formulierung im Koalitionsvertrag, dass diese zukünftig nur noch „nur in unaufschiebbaren Fällen und zur Abwendung von Lebensgefahr zulässig“ sein sollen. Zuständig sind hier Justiz- und Gesundheitsministerium. In das Ressort von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) fallen auch das notwendige Verbot von „Umpolungs- und Konversionstherapien“ an Minderjährigen, ein zu erstellender LSBTI-Gesundheitsbericht sowie Maßnahmen für eine geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung. Diese LSBTI-inklusive und -spezifische Gesundheitspolitik muss auch Element der im Koalitionsvertrag nur allgemein umschriebenen Punkte im Pflegebereich und der Ausbildung der Gesundheitsfachberufe sein. Zwar wird dort die Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes angekündigt, wiederum ohne konkret zu werden. Gerade im Bereich der HIV-Prävention und der Diskussion um Prep wären deutliche Aussagen sehr wünschenswert gewesen.

Der ehemalige Justizminister Heiko Maas wird als Außenminister hoffentlich ein besonderes Augenmerk auf die globale Menschenrechtssituation von LSBTI haben. Eine weitere gute Zusammenarbeit mit dem LSVD hat er angekündigt. Unterstützung wird er dabei sicherlich von Michael Roth, Staatsminister im Außenministerium, bekommen. Roth hatte schon in der letzten Legislatur in diesem Bereich viel Gutes bewirkt. Das zukünftig das Menschenrechtsreferat des Auswärtigen Amtes in seine Zuständigkeit fällt, ist deshalb eine gute Entwicklung. Die Ankündigung für eine verstärkte

internationale Zusammenarbeit gegen Gewalt aufgrund der sexuellen Orientierung, wird gleichzeitig durch Pläne konkretisiert, Algerien, Tunesien und Marokko zu sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ zu erklären, obwohl dort eine aktive Verfolgung von LSBTI stattfindet. Leidtragende sind wie bei den geplanten ANKER-Zentren dann gerade auch queere Geflüchtete, die dann kaum ausreichenden Zugang zu Rechtsberatung haben werden.

Bei dem vorliegenden „Arbeitsprogramm“ der Regierungskoalition bleibt die politische Arbeit des LSVD extrem wichtig. Forderungen und Notwendigkeiten müssen immer wieder und gezielt vorgetragen und eingebracht werden. Ebenso die Zusammenarbeit mit den politischen Kräften im Parlament, die das bisher Erreichte nur als Grundlage für weiteren Fortschritt sehen. Letztendlich kam die Eheöffnung auch nicht aufgrund des Koalitionsvertrags, sondern durch eine Initiative des Bundesrates in Verbindung mit der Gewissensentscheidung einer deutlichen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten zustande. Eine Bundesratsinitiative ist auch bei dem wichtigen Punkt der Ergänzung des Grundgesetzes, Art 3.3. um die Merkmale der geschlechtlichen und sexuellen Identität auf den Weg gebracht worden. Diese „Urforderung“ des LSVD gewinnt wieder an politischer Aktualität. Ihre Erfüllung wäre für LSBTI in Deutschland ein wichtiger Garant, um frei und sicher zu leben.

Axel Hochrein
LSVD-Bundesvorstand

Das volle Programm

Menschenrechte, Vielfalt und Respekt

I. Unsere Grundsätze

Der LSVD als Bürgerrechtsverband
Gemeinsam in Vielfalt
Viel erreicht, viel zu tun

II. Zehn Eckpunkte für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt

1. Die Gleichstellung im Recht weiter entwickeln

Gleichstellung im Grundgesetz verankern
Den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung ausbauen
Digitalisierung aktiv gestalten, Datenschutz ausbauen
Selbstbestimmung für transgeschlechtliche Menschen durchsetzen
Die Grundrechte intergeschlechtlicher Menschen verwirklichen
Das Recht auf Asyl und Schutz gewährleisten

2. Gesellschaftliche Akzeptanz stärken

– **Vielfalt wertschätzen**
Gesellschaftliche Sichtbarkeit stärken
Anerkennung von Verschiedenheit fördern

3. Respekt schaffen in Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Kultur

Respekt und Vielfalt in Schule und Bildungsarbeit vermitteln
Diskriminierungsfreie Forschung und Lehre fördern
Vielfältige Kultur- und Medienlandschaft sichern

4. Hass und Hetze entgegenreten

Wirksamen Nationalen Aktionsplan auflegen
Hassgewalt bekämpfen
Kein Klima der Gewalt entstehen lassen
Verantwortung der Religionsgemeinschaften einfordern

5. Familie umfassend denken

Das Familienrecht modernisieren
Entscheidungen vorurteilsfrei treffen
Familiengründung unterstützen
Diskriminierung von Regenbogenfamilien im Alltag entgegenwirken

6. Vielfalt der Generationen und Lebenslagen im Blick haben

Jugendliche stärken
Coming-out in jeder Lebensphase unterstützen
Für ein besseres Leben im Alter arbeiten
Integration und Teilhabe fördern
Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen durchsetzen

7. Eine aufgeklärte und solidarische Gesundheitspolitik durchsetzen

Gesundheit fördern durch Abbau von Vorurteilen
Trans- und intergeschlechtlichen Menschen Selbstbestimmung ermöglichen
Pathologisierung aufarbeiten und überwinden
„Umpolung“ ächten
HIV-Prävention stärken und modernisieren
Die soziale Situation von Menschen mit HIV und AIDS verbessern

8. Verantwortung für die Vergangenheit wahrnehmen

Die Erinnerung an das NS-Unrecht wachhalten – Lehren für heute ziehen
Unterdrückung und Verfolgung nach 1945 aufarbeiten
Unrecht anerkennen und Entschädigung leisten
Engagement würdigen und Verantwortung benennen

9. Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt in Europa befördern

Die Grundrechtecharta mit Leben füllen
Den Europarat gegen Diskriminierung mobilisieren

10. Die Achtung der Menschenrechte weltweit voranbringen

Die Menschenrechtsarbeit der Vereinten Nationen stärken
Alle Möglichkeiten deutscher Außenpolitik nutzen
Zivilgesellschaftliches Engagement für die Menschenrechte verstärken

www.lsvd.de/programm

„Schaufenster des LSVD“

Bundesvorstand Günter Dworek über das neue Programm

Warum war eine Aktualisierung des LSVD-Programms notwendig?

Das bisher gültige Programm hatte der LSVD 2010 anlässlich des zwanzigjährigen Verbandsjubiläums beschlossen. Seitdem ist unheimlich viel passiert. Auf der positiven Seite steht: Wir haben wichtige Forderungen durchsetzen können, allen voran natürlich die Öffnung der Ehe, aber auch den großen politischen Durchbruch bei der Rehabilitierung der Opfer antihomosexueller Strafgesetze, auch wenn dort noch nicht alles zufriedenstellend geregelt ist. Es weiteres Beispiel ist die Medienpolitik: Durch erfolgreiche Kampagnen für eine LSBTI-Vertretung in Rundfunk- und Medienräten hat sich einiges getan. Hier und an vielen anderen Punkten musste das Programm einfach auf den neuen Stand gebracht werden.

Auf der negative Seite der politischen Entwicklung steht: In vielen Ländern Europas und auch in Deutschland feiern nationalistisch-völkische Kräfte Erfolge. Sie nehmen auch LSBTI in Visier, wollen erkämpfte Rechte wieder beschneiden. Hass und Hetze müssen wir entschieden entgegentreten. Daher haben wir das Profil des LSVD als Bürgerrechtsverband weiter geschärft, der sich in zivilgesellschaftlichen Bündnissen für Zusammenhalt und gegen jede Form von Diskriminierung, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit engagiert.

Wie wurde das neue Programm erarbeitet?

Um aus dem Nähkästchen zu plaudern: Nach einer Strategie- und Schwerpunkte-Diskussion im Bundesvorstand habe ich mich hingesetzt und einen ersten Textentwurf geschrieben. Der wurde im Bundesvorstand diskutiert und die Kolleginnen und Kollegen haben Ergänzungs- und Modifizierungsvorschläge gemacht. Der daraus entstandene gemeinsame Text ging an unsere Landesvorstände zur Kommentierung. Diese haben wir dann auf einem gemeinsamen Beratungstreffen diskutiert. So haben die Länder wichtige Impulse beigesteuert, die vielfach eingearbeitet wurden. Das Produkt dieser Beratungen hat der Bundesvorstand als Antrag an den Verbandstag gestellt. Dort konnten dann die Mitglieder ihre Ideen und Änderungsanträge einbringen. Am Ende dieses intensiven Beteiligungsprozesses hat der Verbandstag mit Riesenmehrheit bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung für das neue Programm votiert.



Foto: Carin Kadatz

Was sind die wichtigsten Änderungen bzw. Forderungen?

Menschenrechte, Vielfalt und Respekt wollen wir in allen Lebensbereichen. Weit oben steht die Forderung, das Erreichte auch durch die Ergänzung des Gleichbehandlungsartikels im Grundgesetz abzusichern. Insgesamt haben wir uns bemüht, das Programm LSBTI-inklusiv zu gestalten. Schon bislang hatten wir Forderungen zum Transsexuellenrecht und zur rechtlichen Anerkennung intergeschlechtlicher Menschen im Programm, 2010 aber noch in kleinen Extra-Abschnitten. Jetzt haben wir Forderungen trans- und intergeschlechtlicher Menschen inklusiv in allen Themenkapiteln aufgenommen, sei es in der Bildungspolitik, sei es bei der Aufarbeitung von Unrecht in der Vergangenheit oder bei den rechtspolitischen Forderungen. Auch der Kampf sexueller Menschen gegen Vorurteile und Nichtbeachtung wird benannt.

Der LSVD hat in den letzten Jahren auch in ausführlichen Papieren detaillierte Konzepte entwickelt, zum Beispiel zur Menschenrechtsarbeit für LSBTI in der Außenpolitik und in der Entwicklungszusammenarbeit oder zur Flüchtlingspolitik. Das Programm ist ein Schaufenster des Verbandes. Diese modernen Konzepte sind nun in kondensierter Form auch im LSVD-Programm wiedergegeben. Das gilt insbesondere auch für das Papier „Regenbogenfamilien im Recht“, das der Verbandstag in 2017 nach sehr spannender Diskussion verabschiedet hatte.

Und es sind Themen dazugekommen, die 2010 noch nicht so im Fokus standen, z.B. die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Privatsphäre, auf die Grundrechte und die Sicherheit von gesellschaftlichen Gruppen wie LSBTI, die immer noch von Diskriminierung bedroht sind. Es ist noch viel zu tun.

Rechtspopulismus entgegenwirken

Erste Säule des neuen LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

In jahrzehntelangen Kämpfen konnten wesentliche Fortschritte bei der rechtlichen Anerkennung und gesellschaftlichen Akzeptanz von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI*) erreicht werden. Aber auch nach der Öffnung der Ehe und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Dritten Geschlechtseintrag bleibt noch viel zu tun. Homophobie, Transfeindlichkeit und weitere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen allgegenwärtig. Zusätzlich machen Gleichstellungsgegner*innen flankiert von religiös-fundamentalistischen Gruppen und völkischen Initiativen Stimmung gegen die Akzeptanz von LSBTI* in unserer Gesellschaft. Sie diffamieren Bildungspläne, greifen Projekte und Initiativen mit Unterlassungsverfügungen an, lähmen Verwaltungen mit irreführenden Anfragen oder versuchen LSBTI* gegen Geflüchtete oder andere Minderheiten zu instrumentalisieren. Dieser Entwicklung tritt das neue LSVD-Projekt „Miteinander stärken“ entgegen.

Ziel ist es, das gesellschaftliche Miteinander zu stärken, dem Rechtspopulismus Paroli zu bieten und wirksame Strategien und Bündnisse zu entwickeln. Zusammen mit unseren Landesverbänden wollen wir die Akzeptanz von LSBTI* fördern und uns und unsere Bündnispartner*innen stärken. Um gegenseitige Lernprozesse zu initiieren haben wir dabei nicht nur die Community im Fokus, sondern auch Projekte aus der Rassismus- und Antisemitismusprävention, aus der Jugendarbeit, aus der Bildungsarbeit, aus der Demokratieförderung, von migrantischen Organisationen oder auch von Trägern aus Sport, Kultur und Wissenschaft. Gemeinsam wollen wir uns gegen Rechtspopulismus und Anfeindungen stärken. Auf regionalen Vernetzungstreffen, Konferenzen und Regenbogenparlamenten bringen wir daher Ehrenamtler*innen und Fachkräfte aus der ganzen Republik zusammen.

Gemeinsam stärken – neue Wege gehen

Bereits 2017 starteten die regionalen Vernetzungstreffen in Leipzig, Mannheim, Dortmund und Magdeburg. Dort haben wir diskutiert, welche Ideologien hinter den Anfeindungen von Rechts stecken, was sich hinter den unheiligen Allianzen zwischen religiösen Fundamentalist*innen und Neuer Rechten verbirgt und was man diesen Entwicklungen entgegensetzen kann. Neben dem Wunsch nach mehr Solidarität und Vernetzung wurde auch die Forderung geäußert, öffentliche Räume und die politische Agenda wieder selbst proaktiv zu besetzen. „Nicht spalten lassen, sondern zusammen stehen!“, das war allen Teilnehmenden wichtig. Beim Thema antimuslimischer Rassismus wurde deutlich, dass Kritik an religiös legitimer Homophobie notwendig ist. Ob der Koran den gleichgeschlechtlichen Geschlechtsakt verbietet ist umstritten. Die Liebe zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts

klammert er jedenfalls aus. Der Nachweis der Verbotsübertretung ist willkürlich. Alle Muslim*innen pauschal als homophob und transfeindlich zu bezeichnen ist dennoch falsch und wird der Heterogenität nicht gerecht. Diese Vereinfachungen spielen nur den Rechtspopulist*innen in die Hände. Gleichfalls befeuern sie einen islamfeindlichen Rassismus. Islamfeindlichen Einstellungen begegnet man am besten mit Fakten – das gilt übrigens auch für die meisten Agitationen von Rechts. Nachfragen, Gegenargumente bringen, klar Position beziehen und Grenzen der Diskussion aufzeigen. Beim Thema Islam muss deutlich gemacht werden, dass hier eine große Heterogenität unterschiedlichster Interpretationen existiert. Muslimische LSBTI und Beispiele wie der Liberal-islamische Bund oder die Ibn-Rusdh-Goethe-Moschee machen deutlich, dass Islam und Homosexualität sich nicht ausschließen müssen.

Die Teilnehmenden formulierten auch gesellschaftspolitische Forderungen, um Homophobie und Transfeindlichkeit den Nährboden zu entziehen. Umfassende Landesaktionspläne wurden ebenso genannt, wie eine effektive Gesetzgebung gegen Hassgewalt, eine LSBTI*-inklusive Bildungspolitik oder die Erweiterung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz. Bei den Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Bildung und in Religionsgemeinschaften formulierten die Aktivist*innen Anforderungen, Strategien und Maßnahmen, um für gegenseitigen Respekt und einen wertschätzenden Umgang zu werben.

Besonders Religionsgemeinschaften sollten sich wieder stärker auf grundlegende Werte wie Nächstenliebe, Gewaltfreiheit und ein solidarisches Denken und Handeln konzentrieren. Auch braucht es mehr offene Begegnungsformate, um für einen wertschätzenden Umgang zu werben. Beim Thema „Bildung“ ist es wichtig, Bildungs- und Lehrpläne LSBTI*-inklusive auszugestalten. Die Vermittlung von „sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ müsse als Querschnittsaufgabe von Kitas, Schulen und Hochschulen verstanden werden. Diese haben den Auftrag, junge Menschen zu stärken und auf gesellschaftliche Vielfalt im Alltag vorzubereiten. Die entsprechende Ausgestaltung der Bildungs- und Lehrpläne, die Aufnahme der Thematik in die Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften waren ebenso zentrale Forderungen.

Die Ergebnisse der regionalen Vernetzungstreffen werden in einem zweiten Schritt aus wissenschaftlicher Perspektive beleuchtet. Im Oktober 2018 wird in Leipzig die erste von vier Regionalkonferenzen stattfinden. Wissenschaftler*innen, Vertretungen aus Stiftungen, aus der Politik und Fachkräfte aus den unterschiedlichsten Bereichen werden die Ideen und Strategien der Aktivist*innen auswerten und weiterdenken. Ziel ist die



gemeinsame Entwicklung von Aktivist*innen-Kits und Empowerment-Packs, um den faktenfreien Kampagnen von Rechtspopulist*innen und Gleichstellungsgegner*innen mit kreativen Ideen und Mut entgegenzutreten und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu festigen. Eine Allianz der Vielfaltsverteidiger*innen aufbauen – das ist eines der großen Ziele des Projektes.

Regenbogenkompetenz fördern

Die Regenbogenparlamente bilden das dritte Veranstaltungsformat des Projektes. Mit insgesamt drei dieser Leuchtturmprojekte wollen wir in den wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Bereichen die Regenbogenkompetenz verbessern, d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Beim Auftakt in Berlin trafen sich über 100 Expert*innen und Aktivist*innen aus ganz Deutschland. Gemeinsam wurde diskutiert, wie Regenbogenkompetenz als Querschnittsaufgabe verankert werden kann.

In den Fachforen gab es einen regen Austausch darüber, was es beispielsweise braucht, um die Regenbogenkompetenz im Fußball zu verbessern. Aktiv auf Vereine und Verbände zugehen und das Thema anpacken, war einer der wichtigsten Impulse. Beim Thema „Lebenswelten von LSBTI* in den Medien“ wurde deutlich, dass es immer noch eine Diskrepanz zwischen dem gibt, was sich LSBTI* von Medien wünschen und der Realität der Berichterstattung. Sichtbarkeit braucht Sicherheit und eine wertschätzende Berichterstattung. Dazu gehört auch, dass die anhaltende Unsichtbarkeit von lesbischen Frauen beendet wird und sie von Medien gehört werden. Beim Thema Internationales waren sich die Expert*innen einig: Die Zivilgesellschaft muss wieder in die Offensive gehen und dem demokratiefeindlichen Mob Grenzen setzen. Der Blick nach Ungarn, Polen oder in die USA zeigt uns, wie schnell ein für sicher geglaubter gesellschaftlicher Konsens in Frage gestellt werden kann.

Unter dem Motto „Akzeptanz von LSBTI* weiter gestalten“ geht es am 22. September 2018 in die nächste Runde. Gemeinsam mit dem FORUM Volkshochschule und der Stadt Köln nehmen wir beim 2. Regenbogenparlament den Faden aus Berlin auf. 2019 wird dann das 3. Regenbogenparlament in Hamburg stattfinden. Alle Ergebnisse und Termine finden sich auf www.miteinander-staerken.de

Jürgen Rausch & René Mertens
LSVD-Projekt „Rechtspopulismus entgegenwirken“

Ansprechpersonen für das LSVD-Projekt „Rechtspopulismus entgegenwirken“ sind:



Jürgen Rausch
juergen.rausch@lsvd.de
Tel. 0221-92 59 61 13



Fotos: Caro Kretzsch

Gefördert vom
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Lesbengruppen vernetzen

Zweite Säule des neuen LSVD-Projekts „Miteinander stärken“



Foto: Carro Kuehitz

Henny Engels



Foto: Carro Kuehitz

Ulrike Schmauch

Für den LSVD ist es ein zentrales politisches Anliegen, die Sichtbarkeit von Lesben in der Gesellschaft zu verbessern. Der Verband setzt sich dafür ein, dass Lesben in ihrer Vielfalt und ihren Potentialen, mit ihren Themen und Interessen, in jedem Lebensalter und in ihren unterschiedlichen Lebenslagen sichtbar werden. Das neue LSVD-Projekt „Miteinander stärken – Lesbengruppen vernetzen“ plant daher im November 2018 ein bundesweites Treffen von Lesben und ihren Gruppen, um den Austausch und die Vernetzung untereinander zu fördern.

Die Lebenssituationen von Lesben und der Grad ihrer Sichtbarkeit sind sehr unterschiedlich. In manchen Bereichen und in einigen regionalen, kommunalen und bundesweiten Netzwerken sind lesbische Frauen präsent und aktiv. Zugleich gibt es heute gesellschaftliche Bereiche, Medien und Themenfelder, in denen Lesben und ihre Interessen, ihre Erfahrungen und Kompetenzen komplett ignoriert oder nur auf diskriminierende Weise erwähnt werden. Auch wissen wir aus Studien, dass viele Lesben sich nach wie vor aus begründeter Angst vor Ablehnung am Arbeitsplatz oder in ihren Familien, im Gesundheitssystem oder in Kirchengemeinden nicht zu outen wagen.

Lesben sind keine homogene Gruppe. So haben Schwarze Lesben, Lesben of Color, migrantische Lesben, körperlich und geistig beeinträchtigte Lesben, Lesben aus der Arbeiterinnenklasse, akademische und nicht akademische Lesben, Lesben mit Fluchterfahrung, alte Lesben oder lesbische Trans*frauen jeweils ganz spezifische Lebenswelten und Biografien. Nicht selten sind sie von Mehrfachdiskriminierung betroffen. In der Verschiedenheit lesbischer Identitäten zeigt sich ihre spannende Vielfalt, aber auch die komplexe Interdependenz von Diskriminierungserfahrungen.

Ohne die Berücksichtigung ihrer Lebensrealitäten können die spezifischen Bedarfe und Interessen lesbischer Frauen keine Beachtung finden. Zudem birgt die wachsende Salonfähigkeit rechtspopulistischer und religiös-fundamentalistischer Diskurse eine zunehmende Akzeptanz antifeministischer Einstellungen und Politiken, die sich auf alle Frauen und folglich auch auf Lesben auswirken.

In dem Projekt „Miteinander stärken – Lesbengruppen vernetzen“ wird der LSVD seine langjährigen Erfahrungen in der Etablierung von Strukturen und gesellschaftspolitischer Arbeit nutzen, um eine bessere Vernetzung von Gruppen und Organisationen von Lesben zu erreichen. Auf dem bundesweiten Treffen sollen zunächst die heterogenen Interessen und Bedürfnisse von Lesben sichtbar gemacht werden. Aus den gewonnenen Erkenntnissen können dann Forderungen und Handlungsstrategien für eine diskriminierungsärmere Gesellschaft und Politik erarbeitet werden, um lesbische Interessen wirksamer zu vertreten.

Henny Engels und Ulrike Schmauch
LSVD-Bundesvorständinnen

Selbstbestimmt intergeschlechtlich leben

Dritte Säule des neuen LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

Intergeschlechtliche Menschen - Menschen mit Variationen der Geschlechtsmerkmale - sind in Deutschland immer noch wenig sichtbar, ihre Körperlichkeit ist kaum akzeptiert. Variationen der Geschlechtsmerkmale gelten in vielen Fällen weiterhin als behandlungsbedürftig, geschlechtsverändernde medizinische Eingriffe an intergeschlechtlichen Kleinkindern und Kindern finden weiterhin statt. Die medizinische Versorgung und die Vorsorge für intergeschlechtliche Menschen sind nicht geregelt. Notwendige Untersuchungen, notwendige Hormonersatztherapien und eine psychosoziale Betreuung werden ihnen vorenthalten. Diskriminierung in der Schule, im Arbeitsleben, in der Teilhabe am Leben gehören zur Alltagserfahrung intergeschlechtlicher Menschen. Eine flächendeckende Beratungsstruktur für intergeschlechtliche Menschen und ihre Familien ist noch lange nicht erreicht.

Das neue bundesweit agierende Projekt „Miteinander stärken. Selbstbestimmt intergeschlechtlich leben“ des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) will hier ein Zeichen der Veränderung setzen: Es will Aktivist*innen und Fachkräfte aus der Community und Bündnispartner*innen stärken und mit ihnen gemeinsam Strategien und Bündnisse für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt entwickeln. Das Projekt wird in Kooperation mit Intersexuelle Menschen e.V. und OII Deutschland e.V. durchgeführt.

Das Projekt „Miteinander stärken. Selbstbestimmt intergeschlechtlich leben“ trägt dazu bei, dass intergeschlechtliche Menschen - Menschen mit angeborenen Variationen der Geschlechtsmerkmale - als Teil des vielfältigen Mensch-Seins anerkannt und in ihrer Körperlichkeit als gleichberechtigt und gleichwertig akzeptiert werden. Gleichzeitig möchte es die Vernetzung von Organisationen intergeschlechtlicher Menschen stärken und ihre gesellschaftliche Reichweite erhöhen. Daher wird in einem weiteren Projektteil beraten, inwieweit die unterschiedlichen Inter*-Selbstvertretungen und Selbsthilfegruppen zu einer näheren Zusammenarbeit auf grund- und menschenrechtlicher Basis auf Bundesebene zusammenarbeiten können und wollen.



Selbstbestimmt intergeschlechtlich leben

Das Projekt wird daher zum einen die Peer-Beratungskompetenz intergeschlechtlicher Menschen erhöhen: Betroffene und Angehörige sollen bundesweit und wohnortnah fachkundigen Rat und Hilfe erhalten. Ziel ist es, die bundesweite Struktur von Peer-to-Peer-Beratung zu stärken. Verschiedene Angebote werden die Berater*innen darin unterstützen, ihre Kompetenzen im Bereich Intergeschlechtlichkeit zu stärken, sich mit den aktuellen Herausforderungen in den Themenbereichen geschlechtliche Vielfalt und Intergeschlechtlichkeit vertraut zu machen und Hürden für Ratsuchende zu verringern.

Den zweiten Schwerpunkt des Projekts bilden die Erstellung von Handreichungen, die spezifische Bedarfe von intergeschlechtlichen Menschen an Bundesregierung, Gesetzgeber und interessierte Öffentlichkeit kommunizieren. So sollen etwa für den Bereich Beratung Anforderungskataloge für professionelle Beratende erarbeitet werden, im Bereich Bildung sind Schulungskonzepte für lokale Bildungsträger geplant, um eine zeitgemäße Aufklärung zum Thema Intergeschlechtlichkeit sicherzustellen. Die Bedürfnisse und das Erfahrungswissen intergeschlechtlicher Menschen stehen dabei im Zentrum.

Das Projekt „Miteinander stärken“ wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Ins A Kromminga und Lucie Veith
Projekt „Selbstbestimmt intergeschlechtlich leben“

Vernetzung, Beratung, Unterstützung

LSVD-Projekt „Queer Refugees Deutschland“

Während in Deutschland nun auch die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wurde, droht vielen LSBTI in der ganzen Welt noch Verfolgung und gesellschaftliche Ächtung. So kann in neun Ländern auf gleichgeschlechtliche Liebe noch die Todesstrafe verhängt werden, in vielen weiteren Staaten drohen jahrelange Gefängnisstrafen. Viele Tausende LSBTI sind daher in den letzten Jahren nach Deutschland geflüchtet, in der Hoffnung, hier in Sicherheit vor Gewalt und Diskriminierung zu leben. Anders als für die Mehrheit der Geflüchteten ist jedoch für viele geflüchtete LSBTI die Fluchterfahrung mit der Ankunft in Deutschland tatsächlich noch nicht vorbei. Solange sie in Gemeinschaftsunterkünften leben – viele tun dies über Monate oder gar Jahre – ist die Angst vor Gewalt und Diskriminierung allgegenwärtig. Hinzu kommen Erfahrungen massiver Isolation und fehlender Privatsphäre, aber auch Sorgen in Bezug auf das Asylverfahren. Denn leider gelten zum Beispiel Gesetze, die im Heimatland Homosexualität mit mehrjährigen Gefängnisstrafen ahnden, für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für sich genommen nicht als hinreichender Schutzgrund. Geflüchtete LSBTI müssen vielmehr – inzwischen in der Regel bereits wenige Tage nach Ankunft in Deutschland – in einem anschaulichen und kohärenten Vortrag die in der Heimat erfahrene Verfolgung darstellen. Hierbei dringen die Anhörungen in äußerst private und oft mit traumatischen Erlebnissen verbundene Lebensbereiche vor. Für viele LSBTI-Geflüchtete sind vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in der Heimat Menschen aus der queeren Szene die einzigen Personen, denen sie vertrauen können und bei denen sie nach Unterstützung suchen. Hierzu haben sich in ganz Deutschland zahlreiche Initiativen und Gruppen gebildet, die LSBTI-Geflüchtete bei Gewaltvorfällen, im Asylverfahren, bei der Wohnungssuche und bei der Integration in Deutschland unterstützen. Die Vernetzung dieser Gruppen, aber auch der geflüchteten LSBTI selbst, findet vielerorts auf lokaler oder regionaler Ebene statt.

Hier setzt das Ende 2017 gestartete bundesweite LSVD-Projekt „Queer Refugees Deutschland“ an, das von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung gefördert wird: Wir beiden Projektmitarbeitenden Lilith Raza und Patrick Dörr schaffen von der Bundesgeschäftsstelle in Köln aus



Lilith Raza und Patrick Dörr leiten das Projekt Queer Refugees Deutschland

eine bundesweite Vernetzung für geflüchtete LSBTI-Aktivist*innen, und bieten Geflüchteten sowie auch für Organisationen und Einrichtungen, die mit Geflüchteten arbeiten, Beratung, Schulung und Unterstützung.

So können sich LSBTI direkt an das Projekt wenden und zu unterschiedlichen Themen Rat suchen. Dies gilt für sowohl für Menschen, die bereits in Deutschland sind, als auch für diejenigen, die sich noch in ihren Heimatländern befinden und sich zu dem Asylverfahren in Deutschland informieren möchten. Viele suchen auch Rat aus Deutschland heraus, noch vor oder kurz nach dem Asylantrag, mit der Bitte um Unterstützung. Hier erklären wir das Asylverfahren – vor allem auch mit Hilfe des umfassenden LSVD-Ratgebers zu Homosexualität und Asyl – verweisen zu Gruppen- und Beratungsangeboten vor Ort und unterstützen auch konkret bei komplizierten Fällen. Bei der außergerichtlichen Rechtsberatung wird das Team außerdem noch verstärkt durch Maria Seitz, die ihre juristische Expertise im Asyl- und Ausländerrecht für LSBTI-Geflüchtete zur Verfügung stellt.

Neben der persönlichen, telefonischen und E-Mail-Beratung stellt die vollkommen überarbeitete und neunsprachige Webseite www.queer-refugees.de die zweite Säule des Projektes dar. Auf ihr finden geflüchtete LSBTI, aber auch Personen, die mit ihnen arbeiten oder sie ehrenamtlich unterstützen, umfassende Informationen. So sind auf ihr alle dem LSVD im Bundesgebiet bekannten Angebote für LSBTI-Geflüchtete auf einer Karte verortet und die Kontaktdaten für Geflüchtete leicht zugänglich gemacht. Zudem gibt es einen Materialfundus zu nützlichen Broschüren, Plakaten und Länderinformationen.

Diese Informationen richten sich nicht nur an Geflüchtete, sondern auch an das Personal in Flüchtlingsseinrichtungen. Wie gut diese in Bezug auf den Umgang mit LSBTI-Geflüchteten geschult sind, das kann ein entscheidender Faktor für ein erfolgreiches Ankommen in Deutschland sein. Als dritte Säule bietet das Projekt daher für Unterkünfte und Beratungsstellen Schulungen zur Sensibilisierung für den Umgang mit LSBTI-Geflüchteten an. Da das Thema für die Teams in der Regel unsichtbar ist, geht die Bedeutung im Arbeitsalltag allzu oft unter. Hier klärt das Projekt auf und entwickelt zusammen mit den Einrichtungen Handlungsvorschläge, wie sie ganz konkret vor Ort etwas für LSBTI-Geflüchtete tun können. Denn: Die Mitarbeitenden spielen eine entscheidende Rolle bei der Weitergabe von Informationen an Geflüchtete. Auch spielt der Umgang mit Diskriminierung und Gewalt in der Unterkunft eine große Rolle. Zum Abschluss der Schulungen erhalten sie Plakate, Flyer, Broschüren und Aufkleber, mit denen sie die Sichtbarkeit des Themas gewährleisten können und so klar machen: Ihr seid hier willkommen, ihr könnt uns ansprechen.



Empowerment und Vernetzung von Geflüchteten

Die vierte Säule von Queer Refugees Deutschland sind die Vernetzungs- und Empowerment-Treffen mit geflüchteten LSBTI. Bereits zweimal haben sich Aktivist*innen getroffen, um miteinander zu diskutieren, wie die Lage für geflüchtete LSBTI verbessert werden kann. Das erste Treffen am 17. und 18. Dezember in der Bundesgeschäftsstelle in Köln stand unter dem Motto: „Empowerment“. Die 13 Teilnehmenden, die aus sieben Bundesländern

anreisten und aus acht Staaten stammten, diskutierten hier vor allem über Verständnis von Aktivismus und Empowerment, und wie sie ihr Engagement für die Menschenrechte für geflüchtete LSBTI im deutschen Kontext miteinander fortsetzen können. Der zweite Workshop fand dann am 3. März in Kooperation mit den Rainbow Refugees Mainz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt statt. Hier tauschten die nunmehr 15 Teilnehmenden aus neun Herkunftsländern unter dem Titel „Voneinander Lernen“ ihre Erfahrungen als geflüchtete LSBTI in Deutschland aus. Die Anwesenden brachten ihre unterschiedlichen Erfahrungen aus insgesamt acht Bundesländern, aber auch ihre jeweiligen Perspektiven als lesbische, schwule, transgeschlechtliche und gender-queere Personen ein. Ziel ist es, LSBTI-Geflüchteten einen Raum und eine Struktur anzubieten, um für sich selber zu sprechen.



Die von den Aktivist*innen angesprochenen Anliegen hat der LSVD Anfang April bereits mit der Leitung des BAMF in Nürnberg besprechen können. Mit großer Sorge richtet sich hier der Blick auf die laut Koalitionsvertrag geplanten, sogenannten ANKERzentren, im Grunde große, weitgehend isolierte Lager, in denen in Zukunft Asylbewerber*innen bis zum Abschluss ihres Verfahrens untergebracht werden sollen. Inwieweit hier der für LSBTI-Geflüchtete so entscheidende Anschluss an die Community-Strukturen, aber auch die Informationsweitergabe sichergestellt werden soll, ist noch vollkommen unklar. Auch stellt sich die Frage, wie in solch großen Lagern LSBTI-Geflüchtete vor Gewalt und Diskriminierung geschützt werden können, zumal sich viele Asylverfahren sehr lange hinziehen und somit für manche geflüchtete LSBTI-Person ein freies, selbstbestimmtes Leben dort für Monate oder Jahre kaum möglich sein wird. Wir als LSVD fordern, dass in diesen ANKERzentren das Thema queere Geflüchtete sichtbar gemacht wird. LSBTI-Geflüchtete müssen systematisch über ihre Rechte im Asylverfahren, die für sie relevanten Anlaufstellen sowie über Möglichkeiten einer für diese besonders schutzbedürftige Gruppe angemessenen Unterbringung informiert werden.

Lilith Raza und Patrick Dörr
www.queer-refugees.de

Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien

Ein Projekt TO GO

Seit Sommer 2015 setzt sich der LSVD mit dem Modellprojekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“ dafür ein, dass Regenbogenfamilien in Zeiten familiärer Herausforderungen und Belastungen leichter eine fachkundige Begleitung und Unterstützung in wohnortnahen Beratungsstellen finden können.

In der Vergangenheit scheuten sich lesbische Mütter, schwule Väter und transgeschlechtliche Eltern häufig, eine solche Unterstützung zu nutzen, aus der Sorge, Berater*innen könnten zu wenig über ihre Familienform wissen und ihnen möglicherweise mit Vorbehalten begegnen.

In unserem Modellprojekt, das bis Sommer 2018 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, geben wir Fachkräften in Beratungseinrichtungen bundesweit in Fortbildungen Gelegenheit, sich mit den Herausforderungen und Potenzialen von Regenbogenfamilien vertraut zu machen.

Diese Angebote finden großen Anklang, so dass wir bis zum Ende der Förderperiode in elf Bundesländern in über 50 Veranstaltungen gut 1.000 Berater*innen sensibilisieren und in ihrer Regenbogenkompetenz fördern konnten. Hiermit liegen wir weit über unseren im Antrag formulierten Erwartungen.

Um professionell und möglichst diskriminierungsfrei mit den Themen der sexuellen und geschlechtlichen Identität und der Vielfalt von Familienformen in der Beratung umgehen zu können, ist es über einen reinen Wissenserwerb hinaus unerlässlich, auch den eigenen Gefühlen, Vorurteilen und Werten in Bezug auf diese junge Familienform nachzuspüren im Wissen um die Relativität eigener Vorstellungen und Wertmaßstäbe. In den Schulungen hat sich gezeigt, dass eigene Geschlechterrollenkonzepte und die damit verbundenen Vorstellungen von Elternrollen hier ebenso wesentlich sind. Ebenso zentral ist die bewusste Wahrnehmung der Vielfältigkeit reproduktionsmedizinischer Einflüsse auf unsere gesamte Familienlandschaft und die Suche nach eigenen Positionen.

Im Mai 2017 haben wir in der Fachtagung „Regenbogenfamilien bewegen! Beratung zukunftssträchtig gestalten“ einige dieser Themen intensiver beleuchtet. Die Online-Dokumentation der Tagung auf der Projekthomepage www.regenbogenkompetenz.de vermittelt durch vielfältige Text- und Videobeiträge einen lebendigen Einblick in die Vorträge, Foren und Diskussionen.



Ergänzend wird im Juni 2018 ein Trainingsmanual erscheinen, in dem wir die projekteigenen Methoden, Erkenntnisse und Empfehlungen einer breiteren Fachöffentlichkeit zugänglich machen.

Lesbische Mütter, schwule Väter, transgeschlechtliche Eltern, ihre Kinder und LSBTI* in der Familienplanung, die eine fachkundige Begleitung und Beratung nutzen wollen, finden regenbogenkompetente Beratungsstellen auf der Projekthomepage im Menü „Beratung finden“.

Sie können auch Ausschau halten nach unseren Postern, Postkarten und Flyern, mit denen Beratungsstellen Regenbogenfamilien ausdrücklich willkommen heißen und zeigen, dass sie sich mit der Familienform vertraut gemacht haben.

Interessierte Beratungsstellen können unsere Materialien mit Signalwirkung weiterhin über unsere Projekthomepage bestellen (Menü „Das Material“).

Durch die Fortbildungen, die im Rahmen des Förderzeitraumes durchgeführt werden, können wir naturgemäß nur einen begrenzten Teil von Fachkräften und Institutionen erreichen. So freuen wir uns, dass wir unsere Fortbildungen „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“ auf Honorarbasis auch nach Sommer 2018 anbieten können.

Interessierte Beratungsstellen und Institutionen können sich gerne wenden an Dr. Elke Jansen (elke.jansen@lsvd.de, Tel. 0221-925 961 15).

Dr. Elke Jansen & Kornelia Jansen
Projekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“
www.regenbogenkompetenz.de

Die „Salonfähigen“

Wie Medien über Lesben, Schwule, Bisexuelle und transgeschlechtliche Menschen (nicht) berichten

Migrant*innen mit Kopftuch, Menschen, die an Rollstühle „gefesselt“ sind und Artikel über „Geschlechtsumwandlungen“ und „Schwulenparaden“. Der Berichterstattung über sogenannte „Randgruppen“ gingen der LSVD, die Leidmedien und die Neuen Deutschen Medienmacher*innen in der gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Die Salonfähigen“ nach. Zusammen mit der Bundesvereinigung Trans* (BVT*) gestalteten wir den Abend über Transgeschlechtlichkeit und Homo- bzw. Bisexualität.

Caroline Ausserer (BVT*) wies zu Beginn auf die oftmals reißerischen Artikel über transgeschlechtliche Menschen hin. Die Nennung der alten Namen („dead names“), die Abbildung früherer Fotos, eine übergriffige Reduzierung auf Genitalien und die Verwendung falscher Personalpronomen prägen die medialen Narrative. Transgeschlechtlichkeit wird mit sexueller Orientierung durcheinander gebracht. Nicht-binäre Menschen kommen so gut wie nie vor. Die Transition von Menschen wird als „Umwandlung“ beschrieben oder jemand wird „plötzlich zur Frau bzw. Mann“. Dabei erleben transgeschlechtliche Menschen ihr Coming-out und ihre Transition viel eher als Angleichung an ihre vielleicht lange Zeit verheimlichte Geschlechtsidentität. Artikel über Transgeschlechtlichkeit wären vielmehr eine gute Gelegenheit, um über normierende Vorstellungen von Geschlecht bzw. von Weiblichkeit und Männlichkeit nachzudenken oder die Diagnose einer psychischen Störung als bis heute notwendiges Kriterium für eine Anerkennung der Geschlechtsidentität zu skandalisieren. Wünschenswert wäre es auch, über die Forderungen der Community oder anhaltende Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen zu berichten.

Anschließend stellte LSVD-Pressesprecher Markus Ulrich Beobachtungen zur Darstellung von Homosexualität vor. Er verwies auf die von der MaLisaStiftung initiierte Studie „Audiovisuelle Diversität? Geschlech-

terdarstellungen in Film und Fernsehen in Deutschland“ der Universität Rostock von 2017, die zu dem Ergebnis kam, dass offen homosexuelle oder bisexuelle Akteur*innen fast nie vorkamen. Zudem werden über alle Fernseh-Programme hinweg zu 2/3 Männer gezeigt. Wenn Frauen vorkommen, dann als junge Frauen. Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund werden nur halb so häufig im Fernsehen gezeigt, wie sie in der Bevölkerung vertreten sind. Diese Ungleichheiten aufgrund anderer Kategorien sozialer Differenz bilden sich dann auch in der Berichterstattung über Lesben und Schwule ab. Gibt man Homosexualität in die Bildersuchprogramme ein, erscheinen als erste Ergebnisse beinahe ausschließlich weiße Männerpaare, eher jüngeren Alters und ohne sichtbare Behinderung. Die Unterschiedlichkeit innerhalb der Community wird nicht abgebildet. Bisexualität fällt ebenfalls oft unter den Tisch. Ulrich verwies auch auf Formulierungen wie „schrille Paraden“, „bekennende Homosexuelle“ oder „Homosexuellenmilieu“. Diese zeugen eher von einer verkrampften statt selbstverständlichen Berichterstattung.

Jüngst machten reißerische Artikel eine angebliche „Sex-Broschüre“ für Kita-Kinder zum Skandal. Der rechtspopulistische Kampfbegriff der „Frühsexualisierung“ durfte da natürlich nicht fehlen. Sonst regelmäßig um die Meinungsfreiheit „besorgte Bürger“ forderten ein Verbot der Broschüre, dem sich die CDU in Berlin vorsichtshalber gleich anschloss. Der Skandal basierte auf Lügen: Die Handreichung war ausdrücklich nur für Erzieher*innen bestimmt. Sexuelle Praktiken waren überhaupt kein Thema, sondern eine Sensibilisierung für geschlechtliche und familiäre Vielfalt. Die Berichterstattung war ein Paradebeispiel, wie der Kampf um Akzeptanz im politischen Feld der Bildungspolitik und Repräsentation ausgetragen wird.

Ausführlicher Bericht unter www.lsvd-blog.de/?p=16689



Für den LSVD begrüßte Henny Engels (LSVD-Bundesvorstand, 2. Bild), für den BVT* Mari Günther (3. Bild)



10 Jahre Denkmal

Anlässlich des zehnten Jahrestages der Übergabe des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen an die Öffentlichkeit luden die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, der LSVD und die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld zu einem Festakt am 03.06.2018 ein. Seit dem wird in dem Denkmal nun zudem ein Film der israelischen Videokünstlerin Yael Bartana gezeigt.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier:

„Die neue freiheitliche Ordnung in unserem Land, sie blieb über viele Jahre für viele noch unvollkommen. Die Würde von Homosexuellen, sie blieb antastbar. Zu lange hat es gedauert, bis auch ihre Würde etwas gezählt hat in Deutschland. Und die Jahre bis dahin, sie waren für Opfer und Aktivisten ein langer Weg, mit mühseligen Auseinandersetzungen. (...) Als Bundespräsident ist mir heute eines wichtig: Ihr Land hat Sie zu lange warten lassen. Wir sind spät dran. Was gegenüber anderen Opfergruppen gesagt wurde, ist Ihnen bisher versagt geblieben. Deshalb bitte ich heute um Vergebung – für all das geschehene Leid und Unrecht, und für das lange Schweigen, das darauf folgte.“

Ihnen allen hier am Denkmal, und allen Schwulen, Lesben und Bisexuellen, allen Queers, Trans- und Intersexuellen in unserem Land, Ihnen allen rufe ich heute zu: Auch Ihre sexuelle Orientierung, auch Ihre sexuelle Identität stehen selbstverständlich unter dem Schutz unseres Staates. Auch Ihre Würde ist so selbstverständlich unantastbar, wie sie es schon ganz am Anfang hätte sein sollen.“



Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin:

„Vor zehn Jahren wurde der Erinnerungskultur in unserem Land ein bedeutender Teil hinzugefügt: Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ist ein wichtiger Ort für das mahnende Gedenken an die Opfer dieses menschenverachtenden, totalitären Regimes. Mitten in Berlin ruft es uns auch dazu auf, entschieden für eine vielfältige Gesellschaft einzustehen.“

LSVD-Bundesvorstand Günter Dworek:

„Auch in der Bundesrepublik hatte es für Homosexuelle lange Jahre keine Freiheit gegeben. 1963 prägte Hans-Joachim Schoeps den bitteren Satz: „Für die Homosexuellen ist das Dritte Reich noch nicht zu Ende.“ Der Rechtlosigkeit folgte eine lange Phase widerwilliger Duldung. Aber wir haben uns durchgebissen, Schritt für Schritt mehr Akzeptanz und Rechte erkämpft. Und ich sage in aller Unbescheidenheit: Das hat unsere ganze Gesellschaft freier und unser Land lebenswerter gemacht.“

Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus führt uns vor Augen, was geschehen kann, wenn Hass und Hetze eine Gesellschaft vergiften, wenn eine Mehrheit gleichgültig wird gegenüber dem Leben Anderer, wenn sie Ausgrenzung und Entrechtung zulässt. Es gibt kein Ende der Geschichte. Um Freiheit, Gleichheit und Respekt muss täglich neu gerungen werden. Ein Ort wie dieser, ein Tag wie dieser geben uns Kraft dafür. Die Zukunft gehört der offenen, demokratischen Gesellschaft und nicht der Vergangenheit.

Gulya Sultanova,

Organisatorin des LGBT-Filmfestival „Side by Side“, Sankt Petersburg:

„Ich komme aus Russland und bei uns ist die Situation leider ganz anders. Aber ich möchte jetzt kein Schwarz-Weiß-Bild liefern und möchte etwas über den historischen Kontext erzählen. Das Denkmal ist jetzt zehn Jahre alt und ich kann mir sehr gut vorstellen wie viel Arbeit und Energie von Aktivistinnen und Aktivisten seit 20, 30 Jahren investiert wurde, damit dieses Denkmal vor zehn Jahren überhaupt eröffnet werden konnte und die Initiative die Unterstützung der Politik bekommen hat. Wir in Russland haben diese Bewegung erst seit zehn Jahren und das erklärt sehr viel. Aber: Die Bewegung ist sehr dynamisch, sie ist jung. Wir haben immer neue Gruppen von Aktivisten und Aktivistinnen. Wir haben Demonstrationen, wir versuchen, öffentliche Events durchzuführen, wir versuchen mit der breiten Öffentlichkeit zu sprechen, mit Journalisten, um Zugang zu den Menschen zu finden, die von der staatlichen Medienpropaganda nicht verblödet sind – und das klappt.“



Fotos: Stiftung Denkmal / Marco Piske



Fotos: Caro Kadatz

Starker Verband, starkes Programm, starke Projekte

Der 30. LSVD-Verbandstag



*Henriette Reker
(Kölner Oberbürgermeisterin)*



*Dr. Joachim Stamp (Minister für
Kinder, Familie, Flüchtlinge und
Integration in NRW)*

Mit einem herzlichen Willkommen eröffneten NRW-Landesvorständin Andrea Kretschmer und Bundesvorständin Stefanie Schmidt den 30. Verbandstag in Köln am 21. und 22. April unter dem Motto „Menschenrechte, Vielfalt und Respekt“.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker begrüßte mit einer sehr persönlichen Rede die über 100 anwesenden LSVD-Mitglieder. Sie war bei der ersten gleichgeschlechtlichen Eheschließung in Köln anwesend und war berührt zu sehen, was das diesem Frauenpaar bedeutete. Köln sei zwar eine offene und lebensbejahende Stadt, doch treibe sie die Sorge um über zunehmende Ressentiments in vielen Bereichen über Menschen, die vermeintlich anders seien. Wir bräuchten die zivilgesellschaftliche Kraft, um gegen Rechtspopulismus vorzugehen. Daher verwies sie auch auf das geplante 2. Regenbogenparlament am 22. September in Köln vom LSVD-Projekt „Miteinander stärken“, bei dem die Stadt Kooperationspartnerin ist. Nur wenn man auch das Bild von LSBTI in die Gesellschaft bringe, dann wird es zur Normalität.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren!“ – das, was selbstverständlich sein sollte, sei längst nicht selbstverständlich, wenn es darum ginge, selbstbestimmt leben und lieben zu können. So begann Dr. Joachim Stamp, der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, seine Rede. Er dankte dem LSVD für sein jahrzehntelanges Engagement für die Eheöffnung und Rehabilitation. Minister Stamp zeigte sich ebenfalls enttäuscht über den neuen Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung, versprach aber über den Bundesrat die Unterstützung von Nordrhein-Westfalen für die Förderung und Stärkung von LSBTI und ihrer Akzeptanz etwa bei der rechtlichen Anerkennung von trans- und intergeschlechtlichen Menschen oder der Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts. „Für uns sind alle Familien gleich viel wert!“, daher war es auch eine politische Entscheidung, das LSBTI-Referat in das Familienministerium des Landes zu holen. Er versprach, dass die Landesregierung ein starker Partner für die Anliegen der Community und des LSVD ist.



Axel Hochrein
(LSVD-Bundesvorstand)

Neues LSVD-Programm für neue Zeiten

LSVD-Bundesvorstand Axel Hochrein verwies in seinem Bericht zur aktuellen politischen Lage auf die Gleichzeitigkeit von jüngsten rechtspolitischen und gesellschaftlichen Erfolgen und der schriller und heftiger gewordenen Anfeindungen. „Wir werden nicht weichen!“, betonte er. Angesichts einer rechtspopulistischen Partei, die die stärkste Oppositionspartei im Bundestag ist, angesichts von autoritären Entwicklungen in Ungarn, Polen, Russland und Türkei – wäre die Ergänzung von Artikel 3 im Grundgesetz um die Merkmale der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität ein deutliches Signal des politischen Rückhalts. Der 70. Geburtstag der Verfassung 2019 sei ein guter Anlass, den gleichen Schutz für die Rechte von LSBTI abzusichern.

Vor diesem Hintergrund diskutierte und verabschiedete der LSVD auch sein neues Grundsatzprogramm „Menschenrechte, Vielfalt und Respekt“. In jahrzehntelangen Kämpfen wurden Fortschritte bei der rechtlichen Anerkennung und gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTI erreicht. Gleichzeitig steht die liberale Demokratie weltweit unter Druck und homophobe und transfeindliche Stimmen sind in jüngster Zeit wieder deutlich lautstärker geworden. Religiös-fundamentalistische, rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte kämpfen voller Hass darum, LSBTI gleiche Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten zu beschneiden und sie wieder aus dem öffentlichen Leben zu drängen. Die offene Gesellschaft braucht eine offensive Vorwärtsverteidigung, ein ständiges Bemühen, Menschen für eine Kultur des Respekts zu gewinnen. Gleichberechtigte Sichtbarkeit, Teilhabe und Repräsentation – das sind dann auch die Schwerpunkte des neuen Programms (siehe Bericht S. 6 f.).

Lesbische Sichtbarkeit stärken – im Verband, in der Gesellschaft und der Politik

Die Historikerin Dr. Kirsten Plötz verwies in einem Panel zu lesbischer Sichtbarkeit auf die Notwendigkeit geschlechtsspezifischer Definition von Homophobie, Verfolgung und Repression. Für lesbische Frauen zeigten diese sich in erster Linie in einer generelle Unterordnung von Frauen sowie dem gesetzlichen und sozialen Rahmen der Ehe. Ein öffentliches Bild von Lesben war nicht existent, andere Lebensentwürfe als die der Mutter, Haus- und Ehefrau waren lange Zeit undenk- und unlebbar. Viele Lesben haben ihre Wünsche nie verwirklicht, Plötz verwies auf den Schmerz, die Verzweiflung und die Isolation. Die Auswirkungen lesbischer (Nicht-)Erfahrungen zeigen sich bis in die Gegenwart, wie das darauf folgende Gespräch zwischen ihr und den LSVD-Bundesvorstand*innen Ulrike Schmauch, Gabriela Lünsmann und Axel Hochrein verdeutlichte. Die Sichtbarkeit von Lesben in Politik und Gesellschaft zu verbessern ist daher auch Ziel des neuen LSVD-Projekts „Miteinander stärken – Lesbengruppen vernetzen“. (siehe S. 47)



Dr. Kirsten Plötz
(Historikerin)



Im Panel zum Thema lesbische Sichtbarkeit: (v.l.n.r) Gabriela Lünsmann (LSVD-Bundesvorstand), Dr. Kirsten Plötz (Historikerin), Axel Hochrein und Ulrike Schmauch (beide LSVD-Bundesvorstand)



Die Mitarbeitenden stellen ihre Projekte vor: (v.l.n.r) Elke und Kornelia Jansen (Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien), Jürgen Rausch und René Mertens (Miteinander stärken), Henny Engels (LSVD-Bundesvorstand) und Patrick Dörr und Lilith Raza (Queer Refugees Deutschland)



Starker Verband, tolle Arbeit

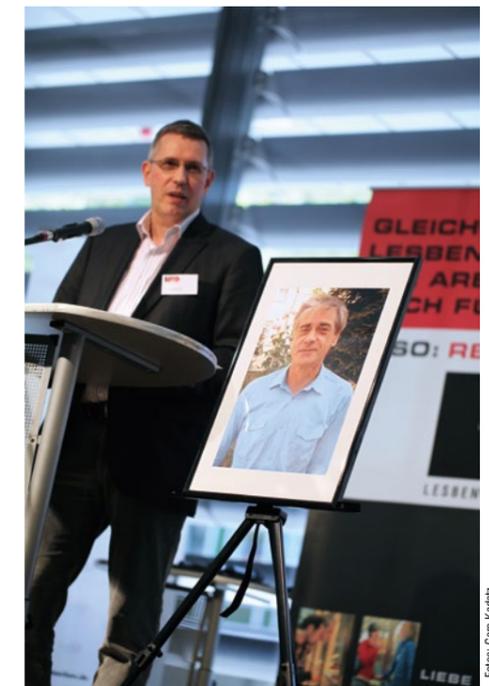
Die Mitarbeitenden des LSVD stellten zudem die Projekte Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien, Miteinander stärken und Queer Refugees Deutschland vor. Bei den Wahlen zum Bundesvorstand stellten sich Imke Duplitzer, Benjamin Rottmann und Sandro Wiggerich nicht erneut zur Wahl und wurden mit herzlichem Dank aus dem Gremium verabschiedet. Im Amt bestätigt wurden Günter Dworek, Henny Engels und Stefanie Schmidt. Neu gewählt wurden Timon Delawari, Marion Lüttig und Christian Rudolph. Weiterhin gehören die 2017 für eine zweijährige Amtszeit gewählten Axel Hochrein, Gabriela Lünsmann, Helmut Metzner, Inken Renner, Jenny Renner, Ulrike Schmauch und Uta Schwenke dem LSVD-Bundesvorstand an.

Gedenken an Eddi Stapel

„Eddi hat das Leben vieler Menschen geprägt und verändert. Er hatte ein Feuer in sich, das viele gewärmt hat“ – das Gedenken an den am 03. September 2017 verstorbenen Eddi Stapel, die treibende Kraft bei der Gründung unseres Verbandes, gehörte zu den stillen und doch berührendsten Momenten des Verbandstags (siehe Nachruf S. 37). Eddi hat starke Fundamente gelegt. Gerade in diesen Zeiten, in denen homophobe und generell menschenfeindliche Kräfte wieder lautstärker werden, sind diese Fundamente für den LSVD Basis und Auftrag zugleich, nicht nachzulassen im Kampf für Demokratie, Vielfalt und Respekt.

Markus Ulrich, LSVD-Pressesprecher

Alle Berichte unter
www.lsvd.de/verband/verbandstage/verbandstag-2018.html



Günter Dworek
(LSVD-Bundesvorstand)

Fotos: Camo Kralitz

Projekt Masakhane

Von den afrikanischen Aktivistinnen lernen

Masakhane ist das größte jemals vom Bundesministerium für Entwicklung geförderte Projekt im Bereich LSBTI-Menschenrechte. Das Zulu-Wort lässt sich ins Deutsche übersetzen mit „Kommt, lasst uns gemeinsam stärker werden.“ Initiiert vom LSVD und umgesetzt von der Coalition of African Lesbians (CAL) als Projektpartnerin vor Ort und dem LSVD und filia, die Frauenstiftung von deutscher Seite, endete dieses Projekt 2017 nach vier Jahren. Gemeinsam mit Sonja Schelper von filia hat LSVD-Bundesvorstand Uta Schwenke Masakhane als Projektleitung für den LSVD ehrenamtlich betreut. Sie berichtet im Interview über das Projekt.

Masakhane nähert sich dem Ende – welche Assoziationen und Eindrücke verbindest Du mit dem Projekt?

Ich denke zu allererst an die tollen mutigen Aktivistinnen vor Ort. Ihre Professionalität und ihr persönlicher Einsatz haben mich sehr beeindruckt. Ein Einsatz häufig unter schwierigsten Bedingungen und auch immer wieder unter Gefahr für Leib und Leben. Aber schon das tägliche Leben ist für die meisten unserer afrikanischen Kolleginnen viel schwieriger zu organisieren. Viele der Aktivistinnen, die ich kennen gelernt habe, haben zudem auch Kinder, die versorgt werden müssen.

Ich denke auch, dass wir auch für unsere politische Arbeit noch viel von ihnen lernen können. Mich haben besonders ihr strategischer Ansatz und ihre Investitionen in ein gegenseitiges Vertrauen und die Vernetzung beeindruckt.

Was sind die größten Erfolge des Projekts?

Ziele des Projekts waren ja die bessere Vernetzung, das „Capacity Building“ und die Selbstermächtigung von Lesben, bisexuellen Frauen und Trans* in Subsahara Afrika. Die Coalition of African Lesbians wollte gezielt die Grassrootarbeit in ihren Mitgliedsorganisationen stärken. In Workshops haben Aktivistinnen aus Simbabwe, Sambia und Botswana daher gelernt, wie sie sich proaktiv politisch engagieren können. Es ist durch Masakhane gelungen, professionelle und nachhaltige Strukturen aufzubauen.

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede siehst du bezüglich der LSBTI-Menschenrechtsarbeit in Deutschland mit der Arbeit in den Projektländern?

Einen Unterschied sehe ich in der bewussten strategischen Ausrichtung durch gezielte Zusammenarbeit mit anderen feministischen Projekten. Auch wir in Europa müssen uns besser vernetzen. Hier können wir, meiner Meinung nach, von den afrikanischen Kolleginnen viel lernen. Was sind die Ziele und was können Wege dahin sein? Wie und mit wem soll zusammen gearbeitet werden auf dem Weg dahin?



Uta Schwenke (l.v.l.) und Sonja Schelper (filia, 3.v.r.) beim Projektbesuch im Botswana

Auch in Sachen „wie organisiere ich Zusammenarbeit“ können wir meiner Meinung nach viel lernen. In vielen afrikanischen Ländern sind es nur sehr wenige Menschen, die sich für feministische Arbeit und LSBTI*-Menschenrechtsarbeit einsetzen. In der politischen Arbeit von CAL wird deshalb – spätestens bei Konflikten in den persönlichen Beziehungen – bewusst Raum geschaffen, um Konflikte zu klären und Vertrauen aufzubauen.

Wie geht es nun weiter mit Masakhane?

Noch sind wir mittendrin, gegenüber dem Entwicklungsministerium den sehr aufwändigen Verwendungsnachweis für das Projekt zu erbringen. Zudem wollen wir das BMZ überzeugen, Masakhane in einer neuen Phase weiterzuführen – mit dem LSVD als Träger und filia als Verantwortlicher für die Bereitstellung der Eigenmittel und die Umsetzung.

Das Antragsverfahren läuft bereits. Wir werden dabei von der Gender Expertin Cornelia Sperling unterstützt. Die Chancen stehen gut, denn Masakhane I wurde als best practice Projekt sowohl in einer Broschüre der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit als auch vom Global Philanthropy Project gewürdigt.

Masakhane I hat Strukturen geschaffen, auf denen nun eine proaktive politische Arbeit vor Ort mit Masakhane II weiter aufgebaut werden kann. Die LSBTI-Menschenrechtsarbeit muss auf eine breitere Basis gestellt werden.

Ausführliches Interview unter www.lsvd-blog.de/?tag=masakhane

LSBTI-Konferenz in Skopje

Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Westbalkan

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien sorgte in der Vergangenheit eher für negative Schlagzeilen, die sich um den Streit mit dem Nachbarn Griechenland über den Namen des Landes, um Korruption oder Schlägereien im Parlament drehten. Mazedonien ist eine der schwächsten Volkswirtschaften Europas. Die Arbeitslosenquote beträgt 30 Prozent. Im Juni 2017 wechselte nach Massenprotesten und vorgezogenen Neuwahlen die Regierung. Seither steht der Sozialdemokrat Zoran Zaev einer Koalitionsregierung vor und regiert im Bündnis mit drei Parteien der albanischen Minderheit. Das vielsprachige, multiethnische Land ist seit 1991 unabhängig und zählt 2,1 Mio. Einwohner*innen. Ein Viertel ist albanisch, vier Prozent gehören der türkischen und zwei Prozent der serbischen Minderheit an. Rund drei Prozent sind Roma. Zwei Drittel der Menschen sind christlich-orthodox, ein Viertel islamisch, nur rund ein Prozent ist römisch-katholisch.

Dragana Todorovic von unserer Partnerorganisation LGBTI Equal Rights Association for Western Balkans and Turkey (ERA), dem regionalen Dachverband, der auch neun Mitgliedsorganisationen aus Mazedonien zählt, schreibt: „Mazedonien bildet das Schlusslicht in Europa, wenn es um den Schutz und die Förderung der Menschenrechte von LSBTI geht.“ Im Vergleich zu anderen Ländern in der Region fehle ein geeigneter rechtlicher Rahmen zum Schutz der Rechte von LSBTI. Es fehlen der Dialog und die Kooperation zwischen LSBTI-Organisationen, der Politik und den Behörden. LSBTI seien häufig Opfer gewalttätiger Angriffe, von Hassverbrechen, Hassreden und Diskriminierung, die häufig nicht zur Anzeige gebracht werden. Erfolge eine Anzeige, werde der Fall nicht ordnungsgemäß untersucht, Täter gingen straffrei aus.

Aufgrund der politischen Krise in Mazedonien vor zwei Jahren entschieden sich die ERA-Mitgliedsorganisationen, ihre Jahresversammlung 2017 nicht in Skopje, sondern in

Montenegro durchzuführen. Aber 2018 ist es nun so weit. Nach dem Regierungswechsel in Skopje ist ein günstiger politischer Kontext für die Verbesserung der Situation von LSBTI entstanden. Das Land strebt eine Mitgliedschaft in der EU an, die Regierung verfolgt eine Reformagenda, gerade auch im rechtlichen Bereich. Eine nachhaltige Stärkung der LSBTI-Bewegung scheint möglich. Und Deutschland, bereits jetzt nach den USA zweitstärkster Geber Mazedoniens, bestärkt Skopje in bilateralen Gesprächen immer wieder darin, überfällige Reformen umzusetzen.

Für die Hirschfeld-Eddy-Stiftung und ERA Grund genug, im Auswärtigen Amt ein neues Projekt zu beantragen. Ziele sind die Stärkung der Menschenrechte von LSBTI in Mazedonien und dem Westbalkan und die Befähigung der LSBTI-Bewegung im Land, sich nachhaltig einzubringen in die politischen Diskurse zur Demokratieförderung, Menschenrechtspolitik, sozialen und wirtschaftlichen Inklusion, zur Rechtsstaatlichkeit und Interessenvertretung gegenüber der Politik. Konkret geht es um die Durchführung von Schulungen für LSBTI-Organisationen vor Ort in den Bereichen Organisationsentwicklung und Management, strategische Planung und Mittelbeschaffung.

In Skopje soll zudem von 3. bis 6. Oktober 2018 eine internationale LSBTI-Konferenz stattfinden. Denn, so Dragana Todorovic, „die Durchführung der Konferenz in Mazedonien, die in thematischer Hinsicht und in Bezug auf den Kreis der Teilnehmer*innen aus Zivilgesellschaft und Politik breit aufgestellt sein wird, wird die Sichtbarkeit von LSBTI in Mazedonien erhöhen und die LSBTI-Bewegung im Land stärken.“ Die Konferenz ist eine Premiere für das Land. Welche Bedeutung ihr zugemessen wird, zeigt, dass Ministerpräsident Zaev seine Teilnahme in Aussicht gestellt hat.

Klaus Jetz
Geschäftsführer
der Hirschfeld-Eddy-Stiftung



Dragana Todorovic (LGBTI Equal Rights Association for Western Balkans and Turkey) bei unserer gemeinsam mit dem auswärtigen Amt organisierten Konferenz „Time for Change“

Wir müssen endlich etwas tun

13 Forderungen für eine Verbesserung der Situation von LSBTI in der Welt



Die Yogyakarta-Allianz sucht den transnationalen Austausch mit Aktivist_innen

In vielen Ländern der Welt werden Lesben und Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter* massiv diskriminiert, verfolgt und zum Teil mit der Todesstrafe bedroht. Deutschland ist weltweit einer der größten Akteure der Entwicklungszusammenarbeit, hat aber kein Konzept dafür, wie die Lebenssituation von LSBTI verbessert werden kann. Seit 2012 arbeiten wir daran, die Grundlagen für ein Inklusionskonzept für die Entwicklungszusammenarbeit zusammenzutragen.

Mit diesem Ziel wurde 2012 auch die Yogyakarta-Allianz gegründet. Im November 2017 hatten wir die Gelegenheit, unsere Vorschläge gegenüber dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Auswärtigen Amt zu präsentieren. Dafür haben wir das folgende 13-Punkte-Papier entwickelt. Wir wollen, dass die neue Bundesregierung diese Forderungen aufgreift.

Sarah Kohrt, LGBTI-Plattform Menschenrechte

Forderung 1: Kooperation mit der Zivilgesellschaft

Die Aufgabe des Schutzes der Menschenrechte unabhängig von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Geschlechtsausdruck sowie von Geschlechtsmerkmalen (SOGIESC) machen umfassende Zusammenarbeit und kontinuierlichen Dialog zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Zivilgesellschaft notwendig. Das BMZ unterstützt diese Zusammenarbeit im Inland und in den Partnerländern.

Forderung 2: Finanzielle Unterstützung

Das BMZ wird in Zukunft einen festzulegenden Prozentsatz der Mittel in den Themenbereichen Armut, Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Good Governance, Konfliktlösung und Polizeifortbildung sowie einen ebenfalls festzulegenden Prozentsatz der Mittel im Bereich der Menschenrechtsarbeit für die Unterstützung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* Personen (LSBTI) verwenden.

Forderung 3: Bilateral als Rückfallebene

Sollte die unter Punkt 2 genannte Quote für die Förderung von LSBTI und Organisationen in den bestehenden Fördermechanismen oder auf Grund anderer rechtlicher oder politischer Rahmenbedingungen nicht möglich sein, so wird diese Aufgabe nicht-staatlichen Organisationen, die zur Stärkung von Menschenrechten für LSBTI arbeiten, international tätig sind und über die entsprechenden Kontakte verfügen, übertragen und diese dafür mit den entsprechenden Mitteln ausgestattet.

Forderung 4: Wissen, was los ist

Das BMZ verfasst einmal in jeder Legislaturperiode einen Bericht über die Lebenssituation von LSBTI sowie über die Arbeit der Organisationen, die sich für die Menschenrechte unabhängig von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Geschlechtsausdruck sowie von Geschlechtsmerkmalen (SOGIESC) einsetzen. Berichtet wird über alle Partnerländer, das heißt, Länder, mit denen das BMZ und die dem BMZ angeschlossenen (untergeordneten) Durchführungsorganisationen sowie vom BMZ geförderte NGOs arbeiten. Diese Berichte umfassen mindestens die Themen Gesundheit, Sicherheit, Gewalt, Diskriminierung, rechtliche Lage, politische Partizipation, sowie Ausbildung und Beruf.

Forderung 5: Aktive Kontaktaufnahme und Stimmen vor Ort hören

Das BMZ integriert die Kommunikation mit ortsansässigen LSBTI-Organisationen in die regionalen Konsultationsmechanismen (Länderprogramme) in formaler und informeller Weise. Sollten in den Regionen oder jeweiligen Ländern keine entsprechenden Organisationen oder Ansprechpersonen bekannt sein, so wird die jeweils nächstliegende überregionale Organisation eingebunden, etwa PanAfrica ILGA, ILGA Asien, Coalition of African Lesbians (CAL), LGBTI Equal Rights Association for Western Balkans and Turkey (ERA) usw.

Forderung 6: Diversity als Personalpolitik

Das BMZ achtet bei der Einstellung, Beschäftigung und Vergabe von bezahlten Aufträgen in den Partnerländern darauf, dass auch Personen aus dem LSBTI-Personenkreis eine Chance auf eine Beschäftigung bekommen. Das wird soweit das die regionalen Gesetze zulassen, ggf. auch in den Ausschreibungen angedeutet. Selbstverständlich werden auch die deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die in Teilen oder gänzlich staatlich finanziert sind, dazu angehalten, deutlich zu machen, dass die Vielfalt der Geschlechter und sexuellen Orientierungen bei ihnen einen Platz hat.

Forderung 7: Kohärenz

Die in Deutschland ansässigen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die politischen Stiftungen und sonstigen NGOs, die Gelder vom BMZ verwenden, werden bei der Vergabe von Geldern schon in den entsprechenden Ausschreibungen verpflichtet, in der Praxis die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Organisationen der Partnerländer darauf zu überprüfen, dass diese sich nicht an der Verfolgung und Stigmatisierung von LSBTI beteiligen oder ein Vorenthalten von Grundrechten für LSBTI befürworten. Sollte das nicht möglich sein, so wird diese Aufgabe an eine zivilgesellschaftliche Organisation überantwortet (siehe Punkt 12).

Forderung 8: Konditionalität und Parteilichkeit für Zivilgesellschaft

Das BMZ wird in Verfolgerstaaten im Allgemeinen weniger Gelder der Entwicklungshilfe und wirtschaftlichen Zusammenarbeit an Regierungen zur Verfügung stellen. Mehr Gelder werden stattdessen an regionale NGOs, Unternehmen und Gewerkschaften in der Region umgeleitet. Dabei ist durch entsprechende Rücksprache vor Ort darauf zu achten, dass die Begründung keinesfalls zu einer Verschärfung der Situation von LSBTI beiträgt, sie Risiken aussetzt oder zu sonstigen nachteiligen Effekten führt (siehe Punkt 5).

Forderung 9: Öffentlicher Ausschuss „SOGIESC“

Zur Lösung und Mediation von Konfliktfällen bei Punkt 8, in Notfallsituationen etc. wird ein öffentlicher Ausschuss „SOGIESC“ gegründet unter Beteiligung der LSBTI-Zivilgesellschaft und migrantischen Organisationen.

Forderung 10: Kulturen und Kolonialismus

Das BMZ wird ein Sonderprogramm „Kulturen und Kolonialismus“ starten, mit dem Organisationen, Personen und Gruppen gefördert werden, die die Geschichte, Lebensberichte und Traditionen der regionalen „Homosexualitäten, Geschlechtlichkeiten und Gendergeschichten“ sammeln und dokumentieren. Dabei werden ausdrücklich auch die Missionsgeschichte und die Kolonialverantwortung Deutschlands reflektiert. Außerdem wird für ein entsprechendes Programm mit Forschenden und Universitäten in den Partnerländern eine Kooperation mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung gestartet.

Forderung 11: Monitoring

Die Fortschritte dieses Inklusionskonzepts werden, beginnend mit der laufenden Legislaturperiode einmal im Jahr in einem öffentlichen Verfahren unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft überprüft.

Forderung 12

Für alle in diesem Inklusionskonzept festgelegten Aufgaben und Ziele, die mit der bestehenden Struktur des BMZ oder dessen Durchführungsorganisationen nicht umgesetzt werden können, werden die Aufgabe und Gelder an die unter Punkt 3 genannten Organisationen in Deutschland übertragen.

Forderung 13: Dialogisches Zuwendungsrecht

Das BMZ richtet eine Arbeitsgruppe zur Flexibilisierung des Zuwendungsrechtes ein. Eingebunden werden die Durchführungsorganisationen, die GIZ und private Träger der Entwicklungszusammenarbeit (NGOs). Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Spielräume des Zuwendungsrechts, bzw. der entsprechenden Verordnungen und Maßnahmen so zu gestalten, dass auch kleinere NGOs im Inland und im globalen Süden eine realistische Chance haben, sich an der Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen.

Genau das brauchen wir.

Expertinnen kommentieren das 13-Punkte-Forderungspapier an das BMZ

Forderung 13: Dialogisches Zuwendungsrecht

Sonja Schelper, die Geschäftsführerin von filia.die frauenstiftung begrüßt insbesondere die Forderung Nr. 13 des Papiers, ein dialogisches Zuwendungsrecht zu entwickeln. Nach ihrer Erfahrung ist die Arbeit von Menschenrechtsaktivist*innen oft ganz anders als das Zuwendungsrecht es vorsieht:

„Mehr Spielraum ist für kleine und große Organisationen wichtig: Gerade in der Arbeit von Menschenrechtsaktivist*innen, die häufig verfolgt und in ihrer Arbeit behindert werden, braucht es mehr Flexibilität, auch kurzfristig Planungen zu ändern, auf neue Bedrohungslagen oder auch besondere Chancen reagieren zu können. Es ist unrealistisch und kontraproduktiv, Jahre im Voraus die Anzahl von Workshops und Teilnehmenden detailliert festzulegen. Angemessen wären größere allgemeine Pakete, die nach Bedarf von den Partner*innen konkretisiert und umgesetzt werden. Im Nachhinein wird berichtet und begründet.“



Foto: Caro Kießitz

Forderung 10: Sonderprogramm „Kulturen und Kolonialismus“

Liz Frank vom Women's Leadership Centre (WLC) in Windhoek betont, dass die Auseinandersetzung mit der Kolonialverantwortung Deutschlands und der Missionsgeschichte sehr wünschenswert wäre und unterstützt besonders den Punkt 10 „Kulturen und Kolonialismus“:

„Dies ist ein wichtiges Anliegen für Namibia als ehemalige deutsche Kolonie, mit einer langen Geschichte der Missionierung durch Kirchen aus Deutschland. Es gibt bisher wenige Studien zu Gender und Sexualität in den sehr unterschiedlichen Kulturen Namibias in der heutigen Zeit, und noch weniger zur Aufarbeitung der Rolle der deutschen Kolonialmacht und Kirchen in Bezug auf die historische und aktuelle Beeinflussung dieser Kulturen in diesem Bereich. Viele junge Lesben und andere Gruppen erfahren Diskriminierung und Dämonisierung in ihren Kirchen. Sexuelle Handlungen zwischen Männern können immer noch rechtlich bestraft werden. Eine Förderung relevanter Studien sowie der Organisationen, die sich derzeit für wirkliche Gleichstellung in Namibia einsetzen und zusammenschließen, wäre sehr wünschenswert.“



Foto: Caro Kießitz

Es ist Zeit für eine postkoloniale Praxis

Kolonialismus und Entwicklungspolitik

Ende April 2018 sagte die britische Premierministerin Theresa May: „I deeply regret that such laws were introduced.“ Damit drückte sie erstmals öffentlich ihr „tiefes Bedauern“ für das Leid aus, das die homophobe Kolonialgesetzgebung der Briten angerichtet hat. Die Briten haben ihr homophobes Strafrecht in einen Großteil ihrer Kolonien exportiert. Mit Folgen bis in die Gegenwart. In 36 der 53 Länder, die im Commonwealth zusammengeschlossen sind, stehen homosexuelle Handlungen bis heute unter Strafe. Britische NGOs arbeiten an einer Aufarbeitung dieses Teils der Kolonialgeschichte, seit Jahren haben sie ihre Regierung zu einer Entschuldigung gedrängt, auf Englisch „Apology“.

Auch von Seiten der deutschen Zivilgesellschaft wird zunehmend eine ernsthafte und kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte gefordert. Es gibt Gruppen, die sich für Straßenumbenennungen engagieren, andere haben die Errichtung von Gedenktafeln bewirkt, wie etwa im Berliner Regierungsviertel. Deutsche Kolonien gab es beispielsweise in den heutigen Ländern Namibia, Kamerun, Togo, Tansania, Ruanda, Burundi, Neuguinea, Westsamoa u.a. Sie mussten nach dem Ersten Weltkrieg abgegeben werden und wurden von den anderen europäischen Kolonialmächten weiter ausgebeutet. Die Forderung nach einer „Apology“ für die Kolonialverbrechen Deutschlands wird lauter. Aktiv in diesem Kontext sind beispielsweise die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD e.V.), Berlin postkolonial und andere.

Es ist sinnvoll und wichtig, den postkolonialen Impuls auch in die Entwicklungszusammenarbeit aufzunehmen. Dabei muss explizit auch die Geschichte der Verfolgung und Bestrafung von sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten berücksichtigt werden. Es ist wichtig zu wissen, dass die Strafgesetze gegen homosexuelle Handlungen in den Ländern des globalen Südens kolonialen Ursprungs sind. Außerdem haben die Kolonialmächte die Geschlechterrollen

geprägt und das Spektrum von Geschlechtsidentitäten und Geschlechtsausdruck oft mit Gewalt stark eingengt. So ist z.B. die Wirkung der Missionsgeschichte für junge Lesben in Namibia bis heute spürbar, wie Liz Frank vom WLC Namibia schreibt (S. 26).

Dieses Erbe des Kolonialismus wird kaum diskutiert. Zugleich gehen die Missionsanstrengungen mancher westlicher Kirchen unvermindert weiter: Evangelikale Kirchen aus Nordamerika, die über viel Geld und Personal verfügen, hetzen massiv gegen Lesben und Schwule und arbeiten mit Regierungen an Gesetzesverschärfungen, wie etwa in Uganda.

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung und die Yogyakarta-Allianz fordern deshalb, die Kolonialgeschichte und die Verbrechen an LGBTI aufzuarbeiten. Ausdrücklich nehmen wir auch in unserem 13-Punkte-Forderungspapier darauf Bezug. (S. 24 f.) Das BMZ, das Entwicklungsministerium, wird aufgefordert, ein Sonderprogramm „Kulturen und Kolonialismus“ zu starten. In diesem Sonderprogramm sollen die „regionalen Homosexualitäten, Geschlechtlichkeiten und Gendergeschichten“ erforscht, gesammelt und diskutiert werden. Dabei soll insbesondere die Missionsgeschichte der Kirchen und die Kolonialverantwortung Deutschlands untersucht werden. Das BMZ soll dazu beitragen, die Forschungslage zu diesen Themenbereichen zu verbessern, indem Forscher*innen vor Ort gefördert werden, ihre eigenen Traditionen zu untersuchen. Kulturen der Akzeptanz gibt und gab es überall.

Wir brauchen eine postkoloniale Praxis. Wer sich in dieser Richtung engagieren möchte, kann unter sarah.kohrt@hirschfeld-eddy-stiftung.de mit der Yogyakarta-Allianz Kontakt aufnehmen.

Sarah Kohrt
LGBTI-Plattform Menschenrechte



Gedenktafel in der Wilhelmstraße zur Berliner Kongo-Konferenz 1884/85

Fotos: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Homophobie und Transfeindlichkeit Paroli bieten

Landesaktionspläne in den Bundesländern

Trotz aller gesellschaftlichen und politischen Fortschritte beim Thema Akzeptanz und Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bissexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) sind wir weit von einer Gesellschaft entfernt, die von gegenseitigem Respekt und Gleichwertigkeit geprägt ist. Das Innenministerium (BMI) zählte 2017 300 homophob bzw. transfeindlich motivierte Straftaten, und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Allein in Berlin registrierte das Anti-Gewaltprojekt Maneo 2016 291 homo- oder transfeindliche Übergriffe. Längst wird nicht jede Straftat als Hasskriminalität erfasst oder gar zur Anzeige gebracht. Die Gründe dafür sind vielfältig. Fehlendes Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden auf der einen Seite und fehlende Kenntnisse bei Polizei und Staatsanwaltschaft auf der anderen Seite. Auf deutschen Schulhöfen sieht es nicht besser aus. Die 2017 erschienene Studie „LSBTIQ*-Lehrkräfte in Deutschland“ zeigte, dass über 70 Prozent der befragten Lehrkräfte den Gebrauch von Schimpfwörtern gegenüber LSBTI-Schüler*innen mitbekommen haben. In der Studie „Coming out und dann..?“ von 2015 berichtete fast die Hälfte der Jugendlichen, dass Lehrkräfte nicht einschreiten würden, wenn „Lesbe“ oder „Schwuchtel“ als Schimpfwort gebraucht wird. Auch in Sportvereinen, am Arbeitsplatz oder etwa im Gesundheitsbereich erfahren LSBTI unterschiedliche Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Mit Aktionsplänen für Akzeptanz von LSBTI versuchen Landesregierungen zwischen Flensburg und Konstanz Homophobie und Transfeindlichkeit entgegenzuwirken. Zielsetzung sind nicht nur die Förderung von Akzeptanz und Gleichstellung, sondern auch dass Regenbogenkompetenz als Querschnittsaufgabe in allen Fachpolitiken und gesellschaftlichen Bereichen verankert wird. Mit unterschiedlichen Maßnahmen in Bereichen wie Bildung, Sport, Anti-Gewalt-Arbeit, Gesundheit, Pflege & Alter soll die freie Entfaltung der Persönlichkeit gestärkt und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Ferner soll Diskriminierung sichtbar gemacht und mit zielgerichteten Maßnahmen entgegengewirkt werden.

Nachdem Berlin mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt“ 2010 den Stein ins Rollen brachte, folgten fast alle weiteren Bundesländer. Nur in Bayern steckt die CSU den Kopf weiter in den Sand und ignoriert Anfeindungen und Diskriminierungen gegen LSBTI im Freistaat. An der Saar ist die Landesregie-

rung inzwischen aus dem Dornröschenschlaf erwacht und bereitet einen Aktionsplan vor. Brandenburg und Thüringen haben vor einigen Monaten auch ihre Konzepte vorgestellt und sind in der Umsetzung. Während man in Brandenburg mit einem eher schlanken Konzept startete, präsentierte Thüringen ein unerwartet umfangreiches Programm. Großen Anteil daran hatten vor allem die Community und ihre Bündnispartner*innen. Die Erfahrungen zeigen wie wichtig ein breit angelegter Beteiligungsprozess ist.

In Sachsen legte die Landesregierung bereits 2015 los. Doch viele der guten Ideen aus der Zivilgesellschaft scheiterten bei der ministeriellen Abstimmung. Besonders die CDU verwässerte Maßnahmen mit unkonkreten Prüfaufträgen. Einzig der von Staatsministerin Köpping geführte Bereich „Gleichstellung und Integration“ sorgte dafür, dass es nicht bei einem reinen Lippenbekenntnis blieb.

Aber auch das dickste Programm bleibt ein zahnloser Tiger, wenn nicht darauf geachtet wird, dass es evaluiert, fortentwickelt und seine Umsetzung von zivilgesellschaftlicher Seite begleitet wird. Die Einrichtung von Beiräten und eine wissenschaftliche Begleitung sind nur einige der Grundvoraussetzungen. Wie sich die Entwicklung im Saarland gestaltet und ob auch das Schlusslicht Bayern nach der Landtagswahl erkennt, dass es sich lohnt, Diskriminierung entgegenzuwirken und allen Menschen ein angstfreies Leben zu ermöglichen, bleibt abzuwarten. Der LSVD bleibt jedenfalls dran!



René Mertens
Bund-Länder-Koordination

Fotos: Caro Kaiditz



Fotos: LSVD Berlin-Brandenburg

Sport frei

LSVD Berlin-Brandenburg im Sportjahr 2018

Mit Regenbogenfarben ins Sportjahr – das ist das diesjährige Motto des LSVD Berlin-Brandenburg. Anlässe sind die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Russland (14. Juni - 15. Juli) und die Leichtathletik-EM in Berlin (07. - 12. August). Daher setzt sich der LSVD Berlin-Brandenburg in diesem Jahr mit seinen Projekten SOCCER SOUND und „Fußball und sexuelle Vielfalt“ sowie dem Sport- und Kulturevent RESPECT GAYMES schwerpunktmäßig mit dem Thema Homo- und Transphobie im Sport auseinander.

Auftakt des Sportjahrs war im Februar der zusammen mit dem Berliner Fußball-Verband e. V. (BFV) initiierte „Aktionsmonat Fußball gegen Homophobie“. Damit beteiligte sich der Fußballlandesverband an der internationalen Kampagne des britischen Netzwerks Football v Homophobia. Den Beginn des Aktionsmonats bildete die Beteiligung am Fachforum „Regenbogenkompetenz im Fußball“ beim Regenbogenparlament in Berlin, gefolgt vom Start des Rückrunden-Ligabetriebs des BFV. Die Vereine wurden aufgefordert, an den Spieltagen im Februar und März ein Zeichen gegen Homophobie zu setzen. Insgesamt 34 Vereine bestellten bei uns kostenfreie Pakete mit u.a. einer Regenbogen-Kapitänsarmbinde und Regenbogen-Schnürsenkel. Beim jährlichen „Runden Tisch gegen Homophobie“ am 5. März nahm unter anderem die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau teil. Schwerpunktthema des Runden Tisches war die diskriminierungsfreie Teilhabe von Trans* im Fußball. Den Abschluss des Aktionsmonats bildete eine Filmvorführung

der NDR-Dokumentation „Testosterongesteuert – Wenn aus Fußballern Männer werden“, mit anschließender Podiumsdiskussion, im Rahmen des 11mm-Fußballfilmfestivals im Kino Babylon.

Beim „Aktionstag Wasserball gegen Homophobie“ am 21. April in Berlin setzte die 1. Bundesligamannschaft der SG Neukölln in der Deutschen Wasserball-Liga ein deutliches Zeichen gegen Diskriminierung und für Vielfalt im Wasserball. Das Team präsentierte sich in eigens produzierten Regenbogenbadedosen und Wasserballkappen, begleitet durch ein buntes Rahmenprogramm. Der Kontakt zur SG Neukölln kam durch das Fachforum „Regenbogenkompetenz im Fußball“ beim Regenbogenparlament zustande.



Weiter geht es am 30. Juni und 1. Juli beim Queer Summer Splash im Prinzenbad in Berlin - dem ersten LGBT*-Wasserballturnier, das vom ersten Queeren Wasserballteam Deutschlands, den Aquaholics vom Verein SSL Vorspiel, ausgerichtet wird.

Am 07. Juli starten dann die bereits 13. RESPECT GAYMES, Berlins größtes Sport- und Kulturevent unter dem Regenbogen. Das Sportangebot umfasst Fußballturniere und viele Sportarten zum Ausprobieren, neben dem Village und einer Musikhöhle gibt es auch ein breites Kulturangebot. Die Teilnahme ist kostenlos, der Eintritt ist frei. Am Abend erwartet die Besucher*innen dann noch ein Public-Viewing unterm Regenbogen, wenn das Yaam zum gemeinsamen Schauen des WM-Viertelfinalspiels mit anschließender After-Game-Party zu den RESPECT GAYMES, einlädt.

Beim 26. Lesbisch-schwulen Stadtfest Berlin am 21. / 22. Juli werden sich dann alle Sportprojekte mit dem Berliner Fußball-Verband und weiteren Partnern im Sportbereich präsentieren, ehe ein weiterer gemeinsamer Auftritt beim 40. Berliner CSD am 28. Juli geplant ist.

Das Sportjahr endet am 23. November mit dem 8. Fachtag „Vereine stark machen – für Vielfalt im Fußball“, zu dem der LSVD Berlin-Brandenburg, der Berliner Fußball-Verband, der Landessportbund Berlin, Hertha BSC Berlin, 1. FC Union Berlin und die Landeskommission Berlin gegen Gewalt einladen. Unter anderem wird es eine Werkstatt zum Thema Homophobie im Sport geben.

Weitere Infos unter: www.berlin.lsvd.de

Christian Rudolph, Projekt „Soccer Sound“

Bunt ist besser!

Das neue Gesicht vom LSVD Niedersachsen-Bremen

Im letzten Jahr durften wir die Öffnung der Ehe feiern. Dies war ein weiterer Schritt in Richtung einer bunten und vielfältigen Gesellschaft. Dieser Ansicht ist auch das Gesicht des LSVD Niedersachsen-Bremen 2018 Arne-Torben Voigts. Seine Aussage dazu lautet: „Bunt ist besser!“

Doch wer ist die Person hinter dieser Aussage?

Arne-Torben Voigts wuchs als jüngster von drei Brüdern auf einem niedersächsischen Bauernhof auf. Nach eigenen Aussagen ist er sehr offen erzogen worden. Dies hat sicher auch dazu beigetragen, dass er vorurteilsfrei auf Menschen zugeht, um sich ein eigenes Bild zu machen. Der Charakter einer Person ist ihm wichtig. Dies hilft ihm auch sehr bei seiner täglichen Arbeit als TV-Moderator. Daher war es auch eine völlig neue Erfahrung für ihn, von uns nun selbst einmal interviewt zu werden.

Im Gespräch wird schnell klar, dass er meint, was er sagt. Arne geht mit Humor an viele Sachen, bleibt bei den ernsten Themen aber sachlich und versucht nicht, diese zu verharmlosen. Er weicht Fragen nicht aus, sondern spricht offen über seine Ansichten und nennt die Dinge beim Namen.

Seine ersten Kontakte zu Lesben und Schwulen knüpfte Arne während seiner Studienzeit in Bremen und später in Leipzig. Bis heute kann er nicht verstehen, warum es immer noch ein Thema ist. Es sollte keine Rolle spielen, welche sexuelle Orientierung eine Person hat. In seinem Freundes- und Bekanntenkreis akzeptiert Jeder den Anderen, und nur auf diese Weise kann man Gespräche auf Augenhöhe und respektvoll führen.

Ihm ist wichtig, dass alle Menschen selbstbestimmt und angstfrei leben können. In seinem persönlichen Umfeld hat er erlebt, was es bedeutet, wenn man sich versteckt, aus Angst, nicht akzeptiert zu werden. Dies ist eine extreme seelische Belastung für einen Menschen. Diese Belastung durchmachen zu müssen, wünscht er keinem Menschen.

„Martin Luther King hat mal gesagt, dass die Menschen einander fürchten, weil sie sich nicht kennen. Weil Sie nicht miteinander in Kontakt treten. Deshalb liegt die Lösung wohl darin, dass die unterschiedlichen Gruppen noch viel mehr zueinanderfinden. Der LSVD leistet dazu einen tollen Beitrag. Und ich hoffe, dass auch ich als heterosexueller Familienvater mit vielen homosexuellen Freunden mit dieser Aktion einen kleinen Teil dazu beitragen kann. Der Sinn des Lebens besteht schließlich im Miteinander, nicht im Gegeneinander!“, sagt Arne zu seiner Motivation, uns und unsere Gesichtskampagne zu unterstützen.



Der LSVD Niedersachsen-Bremen freut sich in Arne auch 2018 einen offenen Menschen für die Gesichtskampagne zu haben und hofft, dass er für viele eine Vorbildfunktion haben wird. Wir bedanken uns bei Arne für seine Unterstützung und freuen uns auf ein gemeinsames und erfolgreiches Jahr im Zeichen der Vielfalt und Akzeptanz.

“
Bunt ist besser! Fernsehen macht schwarz-weiß ja auch weniger Spaß. Deshalb bitte auch im Leben: Mehr Farben, mehr Töne, mehr Vielfalt. Der Sinn des Lebens besteht schließlich im Miteinander, nicht im Gegeneinander. Denn Vielfalt ist Bunt und Bunt ist besser!
 ”

Arne-Torben Voigts, TV-Moderator

Klaus Bischoff, LSVD Niedersachsen-Bremen

LULU.FM
 GAY MUSIC STATION

Das schwul-lesbische Metropolenradio

Mehr Vielfalt im Radio

24/7 Vollprogramm

Täglich live aus dem lulu.fm-Loft

Die besten Gay-Hits
 Szene-Updates
 Talk & Themen
 Tipps & Termine

BERLIN BRANDENBURG
 HAMBURG
 RHEIN-NECKAR
 RHEIN-MAIN
 LEIPZIG

dab+

ANDROID APP ON Google play Available on the App Store

NEU: noch mehr Vielfalt

d'Or BOXL ESC LOFT CLUB

taz FUTURZWEI

Das Magazin für Zukunft und Politik

DIE NEUE TAZ.FUTURZWEI ERSCHEINT AM 12. 6. 2018



Vier Ausgaben für 22 Euro: taz.futurzwei.org/abo | futurzwei.abo@taz.de | T (030) 25 902 200
 taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Rudi Dutschke Str. 23, 10969 Berlin

Die 1. Regenbogenfamilienfreizeit

Mit 43 lesbischen und schwulen Eltern und 29 Kindern und Jugendlichen fand in den Herbstferien 2017 die 1. Familienfreizeit für Regenbogenfamilien in BaWü im Feriendorf Langenargen am Bodensee bei traumhaftem Wetter statt.

Neben einem erholsamen Familienurlaub und der Sichtbarkeit von Regenbogenfamilien bot der Aufenthalt vielfältige Möglichkeiten des gegenseitigen Austausches und stärkte die Familien und ihre Regenbogenfamilienidentität. Vormittags hatten interessierte Eltern die Möglichkeit an thematischen Workshops teilzunehmen und so neue Handlungskompetenz zu erwerben, nachmittags fanden gemeinsame Freizeitaktivitäten statt. Zudem gab es vielfältige Gesprächsgruppen zu aktuellen Fragen. Ein besonderes Highlight der Freizeit war das Kinder- und Jugendprogramm. Das Betreuungsteam bestand fast ausschließlich aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die selbst in Regenbogenfamilien aufgewachsen sind. So boten sich vielfältige Identifikationsmodelle. Neben diversen Sport-, Spiel- und Bastelangeboten wurden in Rollenspielen gemeinsam Ideen entwickelt, wie auf Fragen wie „2 Mütter, das geht doch gar nicht!“ reagiert werden kann.

Als LSVD BaWü bedanken wir uns bei allen Teilnehmenden, die zum Gelingen der Freizeit beigetragen haben und bei dem ehrenamtlichen Team, das die inhaltliche Planung, Organisation und Durchführung der Freizeit gestemmt hat. Die Freizeit wurde in Kooperation mit dem katholischen Familienerholungswerk der Diözese Rottenburg-Stuttgart durchgeführt und bot dem LSVD neue Wege der Sichtbarkeit.



Foto: LSVD Baden-Württemberg

Der LSVD blickt in BaWü bereits seit 2013 auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales und Integration zurück und bekam so die Möglichkeit, in einem Pilotprojekt diese landesweite Freizeit im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE durchzuführen.

Wir hoffen sehr, dass auch in der Zukunft ähnliche Projekte möglich sind.

Julia Hirschmüller, LSVD Baden-Württemberg

Hamburgisches Seniorenmitwirkungsgesetz

Am 28.02.2018 hat die Hamburger Bürgerschaft das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz in seiner Zielsetzung in §1 neu ergänzt: „Ziel des Gesetzes ist es, (...) älteren Menschen jeder geschlechtlichen Identität und jeder sexuellen Orientierung gleiche Teilhabe und Anerkennung zukommen zu lassen und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.“

Der LSVD Hamburg begrüßt dieses wichtige Signal für gleiche Teilhabe und Anerkennung. Aber der Erfolg kam nicht von ungefähr. Durch den „Dachverband Lesben und Alter“ und die „Bundesinteressenvertretung Schwuler Senioren“ (BISS) wurde die LAG Lesben und Schwule Hamburg (LAG L+S) Ende 2017 darauf aufmerksam gemacht, dass in der geplanten Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes LSBTI nicht ausdrücklich vorkommen sollten. Selbst in der monatelangen Evaluierungsphase kam niemand auf die Idee, bei den Hamburger LSBTI-Institutionen und Verbänden nach Erfahrungen und Wünschen zum Seniorenmitwirkungsgesetz nachzu-

fragen. Auch der Anfang 2017 verabschiedete „Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ war wohl noch nicht allen bekannt. Nun war Eile geboten, da der Termin für die Verabschiedung schon feststand.

Die LAG L+S hat daraufhin eine entsprechende Ergänzung erarbeitet und einen Antrag zur Aufnahme in das Gesetz gestellt. Auf einem Treffen am 16.2.2018 mit dem Landesseniorenbeirat, dem LSVD Hamburg und weiteren Vertreter*innen der LSBTI-Community sowie der zuständigen Behörden wurde dieser Ergänzung einvernehmlich zugestimmt. Die seniorenpolitischen Sprecher*innen von SPD und GRÜNEN haben den Vorschlag in einem Ergänzungsantrag aufgenommen und in die Bürgerschaft eingebracht. Die Hamburger Bürgerschaft folgte diesem Votum und hat mehrheitlich dieser Zielsetzung zugestimmt.

Barbara Mansberg, LSVD Hamburg

Vielfaltsverteidiger*innen am IDAHOT

LSVD am Internationalen Tag gegen Homo- und Transphobie

Am 17. Mai erinnern Menschen rund um den Erdball an den Tag, an dem Homosexualität aus dem Diagnoseschlüssel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestrichen wurde. Seit dem 17.05.1990 gilt sie offiziell nicht mehr als Krankheit. Transgeschlechtliche Menschen hingegen werden in Deutschland noch immer pathologisiert und müssen demütigende Verfahren über sich ergehen lassen. Auch an intergeschlechtlichen Menschen werden noch heute irreversible verstümmelnde Eingriffe und hormonelle Behandlungen vorgenommen. Am IDAHOT soll auch auf diese Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht werden.

Die Aktionen um den 17. Mai sind auch Zeichen der tiefen Verbundenheit mit allen Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung und/oder geschlechtlichen Identität Verfolgung, Folter oder Tod erfahren müssen. In über 70 Staaten der Erde werden Menschen wegen ihrer Liebe zum gleichen Geschlecht kriminalisiert und verfolgt. Die weltweiten Aktionen, an denen sich auch die Landes- und Ortsverbände des LSVD beteiligten, fanden in diesem Jahr unter dem Motto „Alliances for Solidarity“ statt.

In Hamburg feierte der LSVD zusammen mit vielen hundert Menschen den 10. Rainbowflash am Hamburger Rathausmarkt. Die Aktion war wieder ein voller Erfolg. Wenige Stunden vorher diskutierten Klaus Jetz (LSVD-Geschäftsführer), Annkathrin Kammeyer (Fachsprecherin für die Belange von LSBTI der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft) mit der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Bärbel Kofler in den historischen Bücherhallen über die Menschenrechtslage von LSBTI in der Welt und welche Unterstützungsmöglichkeiten von Deutschland aus sinnvoll sind. Das Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hatte die Veranstaltung gemeinsam mit dem LSVD organisiert.

Auch in Sachsen war der LSVD mit vielen Partner*innen aktiv. Land ab Land fand der sachsenweite Rainbowflash des Landesverbandes

in 10 sächsischen Städten statt. Übrigens schon seit acht Jahren in Folge. Neben den beliebten Luftballonaktionen in Leipzig, Chemnitz oder Pirna gab es ebenso politische Kundgebungen und Demonstrationen. In Dresden zogen mehr als 100 Aktivist*innen mit Fahnen, Transparenten und Trommeln von der Altstadt zur Neustadt. Unterstützt wurden Sie dabei nicht nur vom Team des Gerede e.V., die den gesamten Tag gestalteten, sondern ebenso von Politiker*innen wie Sarah Buddeberg (Die Linke), Dr. Eva-Maria Stange (SPD) und Valentin Lippmann (Bündnis 90 / Die Grünen).

Während die Luftballons über Deutschland hinwegflogen, wurde im FORUM Volkshochschule die Podiumsdiskussion „Rechtspopulist*innen in deutschen Parlamenten“ eröffnet. Der LSVD diskutierte gemeinsam mit Dr. Stefan Sandbrink vom Arbeiter-Samariter-Bund NRW, der stellvertretenden Vorsitzenden und Sprecherin für Frauen- und Queerpolitik bei der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Landtag Josefine Paul (MdB), und mit Christian Werthschulte, Journalist bei der Stadtrevue, darüber, was sich verändert hat, seitdem Rechtspopulist*innen in Stadträten, Landtagen und im Deutschen Bundestag vertreten sind und was dem drohenden Rollback entgegen gesetzt werden kann. Jürgen Rausch vom LSVD-Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ stellte in diesem Zusammenhang die ersten Ergebnisse des Projektes vor. Langfristig sollen Aktivist*innen-Kits und Empowerment-Packs entwickelt werden, um den faktenfreien Kampagnen von Rechtspopulist*innen und Gleichstellungsgegner*innen mit kreativen Ideen und Mut entgegenzutreten und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eine Allianz der Vielfaltsverteidiger*innen aufzubauen – das ist eines der großen Ziele des Projektes.

Alle Aktionen zum IDAHOT 2018 lassen sich auch im LSVD-bLOG nachlesen.

René Mertens, Bund-Länder-Koordination



Fotos: Augsburg: Markus Apel/LSVD Bayern, Berlin: Christopher Schreiber/LSVD Berlin-Brandenburg, Dresden: LSVD, Hamburg: LSVD Hamburg, Stuttgart: Gudrun Haase/LSVD Baden-Württemberg, Würzburg: Axel Hochrein/LSVD Bundesverband, Zwickau: Chris Proger



LSVD-Landes- und Bundesvorstände und Mitarbeitende beim Bund-Länder-Treffen 2017 in Würzburg

Rückenwind für neue Aktionen

LSVD-Aktionsfonds unterstützt Landesverbände

Mit neuen Projektideen ist es manchmal so eine Sache. Kaum ist eine tolle Idee gefunden, gestaltet sich ihre Umsetzung schwieriger als gedacht. Nicht selten fehlt es am lieben Geld. Diese Erfahrung machen auch die Aktiven des LSVD. Oft scheint die Kluft zwischen anfänglicher Idee und ihrer Verwirklichung unüberwindbar. Hier hilft der LSVD-Aktionsfonds. Ein einfaches Antragsverfahren soll es ermöglichen, Projekte in die Tat umzusetzen.

Diese Chance ergriff auch der LSVD Baden-Württemberg und organisierte anlässlich der Fußballeuropameisterschaft der Frauen 2017 eine Veranstaltung zum Thema „Schneller, höher, stärker – unsichtbar. Geschlecht und sexuelle Identität im Sport“. Mit Unterstützung des Fonds konnte der Landesverband Ex-Profi-Fußballerin Tanja Walter-Ahrens, Vertretungen des Badischen-Fußballverbandes und der Stuttgarter Junxx (schwul-lesbischer Fanclub des VfB Stuttgart) sowie Prof. Dr. Jörg-Uwe Nieland von der Sporthochschule Köln zusammenbringen. Gemeinsam diskutierten sie, wie für die Akzeptanz von LSBTI und besonders von Lesben im Fußball geworben werden kann. Moderiert wurde die Veranstaltung von Olympionikin und ehemaliger LSVD-Bundesvorsitzende Imke Duplitzer. Ohne die Anschubfinanzierung des Aktionsfonds hätte der Vorstand die Veranstaltung nicht so einfach umsetzen können.

Neben der Unterstützung von Aktionen können die Landes- und Ortsverbände auch Mittel zur Strukturförderung beantragen. Denn ohne funktionierende Kamera oder ein schönes Plakat für die eigene Veranstaltung macht die ehrenamtliche Arbeit nur halb so viel Spaß. Dieses Gefühl hatte auch der LSVD Hamburg. Durch den Aktionsfonds konnte so ein neuer Laptop und eine Kamera mitfinanziert werden. Von nun an machen die beiden Vorstände Barbara und Wolfgang mit guten Fotos und passender IT auf ihre Aktionen in der Hansestadt aufmerksam. Auch in Sachsen-Anhalt musste neue Technik her. Schon seit vielen Monaten schwächelte im Regenbogencafé des LSVD Sachsen-Anhalt der Drucker der Geschäftsstelle. Der Aktionsfonds sorgte auch hier für schnelle Abhilfe und trug dazu bei, dass man in der Staatskanzlei in Magdeburg die LSVD-Forderungen wieder gestochen scharf auf den Schreibtisch bekommt.

Neben Geld und einer funktionierenden Technik braucht es aber auch immer Menschen, die sich für den LSVD engagieren und unserem Verband Gesicht und Stimme geben. Diese Menschen zu finden und langfristig für die Verbandsarbeit zu begeistern braucht Förderung und Unterstützung. Das hat auch der Vorstand des LSVD Niedersachsen-Bremen festgestellt und begeistert die Vielfaltsverteidiger*innen von morgen mit eigenen Veranstaltungen, die das ehrenamtliche

Engagement im Landesverband stärken sollen. Dass dieses innovative Format vom Aktionsfonds unterstützt wird, lag auf der Hand.

Auch beim Thema „Lesbische Sichtbarkeit“ macht der Fonds einiges möglich. Dass fast 20 Jahre nach der Vereinigung von Lesben und Schwulen im LSVD die „Sichtbarkeit von Lesben“ ein Herzensanliegen des gesamten Verbandes ist, bewiesen auch die Diskussionen auf dem 30. Verbandstag in Köln. Um hier einen Schritt vorwärts zu gehen und das Thema in die Diskussion zu bringen, lud der LSVD Thüringen Autorin Stephanie Kuhnen zu einer Lesung des von ihr herausgegebenen Buches „Lesben raus! Für mehr lesbische Sichtbarkeit“ ein. Um die Reisekosten und Raummiete abzudecken, sprang der Fonds ein und machte so die Lesung möglich.

Jedes Jahr stellt der Bundesverband mehrere Tausend Euro für den Fonds bereit und stärkt damit das tolle Engagement unserer Aktivist*innen. Über die Anträge und Förderung entscheidet das Aktionsfonds-Gremium. Es besteht aus Vertretungen der Landesverbände und wird durch ein Mitglied des Bundesvorstandes unterstützt. Anträge können durch die Vorstände gestellt werden.

René Mertens
Bund-Länder-Koordination

Lohnt sich

Neues Vorteilsportal für LSVD-Mitglieder

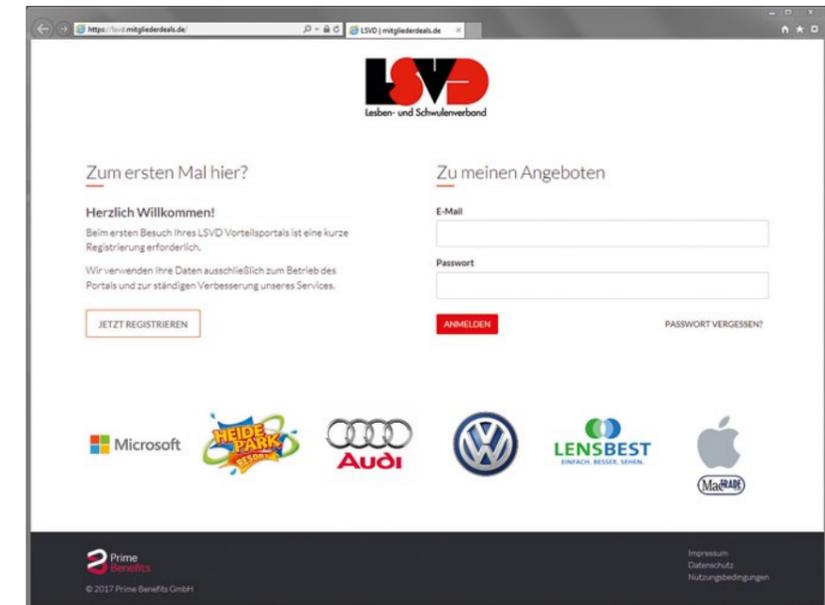
Eine LSVD-Mitgliedschaft macht unsere Arbeit für Menschenrechte, Vielfalt und Respekt erst möglich. Ab sofort bieten wir zusätzlich zu den bisherigen Leistungen und Mitgliedschaftsvorteilen des LSVD ein neues Vorteilsportal für unsere Mitglieder. Unter der Webadresse www.lsvd.mitgliederdeals.de erhalten alle LSVD-Mitglieder attraktive Vergünstigungen für Einkäufe aus den Bereichen Wohnen, Mode, Gesundheit, Sport, Automobil, Reisen, Technik und vieles mehr. Es gibt mitunter Rabatte von bis zu **65 Prozent**.

Das Portal ist ausschließlich zur Nutzung für LSVD-Mitglieder bestimmt und daher zugangsbeschränkt. Beim ersten Besuch des LSVD-Vorteilsportals ist eine kurze Registrierung unter „jetzt registrieren“ erforderlich.

Bitte gib auf der Registrierungsseite zunächst Deine Mailadresse, im Anschluss Deine zwölfstellige LSVD-Mitgliedsnummer (siehe rote LSVD-Card 2018) ein.

Weitere Informationen unter
www.lsvd.mitgliederdeals.de

P. S.: Noch kein LSVD-Mitglied? **Jetzt LSVD-Mitglied werden und Zugang zu zahlreichen Vorteilen sichern!**



Weil wir für die Menschenrechte,
für Vielfalt und Respekt kämpfen,
bin ich im LSVD.

Los geht's in die CSD-Saison

Der Sommer beginnt und damit auch die CSD-Saison. Jedes Wochenende gehen unzählige Menschen in ganz Deutschland auf die Straße für Vielfalt und Respekt und feiern ausgelassen ein offenes und selbstbewusstes Leben. Natürlich ist der LSVD auf einer Vielzahl der Demoparaden und CSD-Veranstaltungen mit dabei. An unseren Info-Ständen erfährt ihr alles über unsere Arbeit und könnt die Vorstände, Ehrenamtler*innen und Mitarbeitenden kennenlernen. Dort halten wir auch unsere neuen Give-Aways für euch bereit.

Wir freuen uns auf euch.



Fotos: LSVD

Lieber Eddi, Du fehlst dieser Welt.

Nachruf auf Eduard Stapel

Am 03.09.2017 ist Eduard („Eddi“) Stapel, langjähriges Bundesvorstandsmitglied und Ehrenvorsitzender des LSVD, in seinem Heimatort Bismark (Altmark, Sachsen-Anhalt) gestorben. Wir sind sehr traurig.

Eddi war die treibende Kraft bei der Gründung unseres Verbandes. Als unser Verband am 18. Februar 1990 in Leipzig als „Schwulenverband in der DDR“ (SVD) aus der Taufe gehoben wurde, wurde Eddi sein erster Bundesgeschäftsführer und Sprecher. Ohne seinen Mut, seine Tatkraft und ohne seine Weitsicht gäbe es heute keinen LSVD.

Seine Wurzeln hat unser Verband in der schwulen Bürgerrechtsbewegung, die sich in der DDR ab 1982 im Kontext der evangelischen Kirche und als Teil der DDR-Opposition gebildet hatte. Eddi Stapel, Journalist und Theologe, war der Hauptorganisator dieser Bewegung. 1982 war er Mitbegründer des Arbeitskreises Homosexualität der Evangelischen Studentengemeinde Leipzig. 1983 gründete er den Arbeitskreis Homosexualität Magdeburg. Ab 1985 war er ganz offiziell Angestellter für Schwulen-Arbeit bei der Evangelischen Stadtmission Magdeburg. Pfarrer durfte der offen schwule Theologe Stapel aber nicht werden. Seine Kirche hatte ihm die Ordination verweigert.

Von Magdeburg aus gelang Eddi der Aufbau weiterer Gruppen. Am Ende der DDR gab es in 21 Städten Arbeitskreise. Es war eine republikweite Bewegung für Emanzipation und Bürgerrechte entstanden. Die Stasi sah in seiner Arbeit eine „feindliche Zielstellung“. Etwa 50 hauptamtliche und 200 inoffizielle Stasi-Spitzel waren auf die Arbeitskreise Homosexualität angesetzt.

Eddi war ein Kämpfer. Er stellte sich mutig dem Kampf gegen die Diktatur, genauso wie er sich schon als junger Mann schweren Erkrankungen stellen musste und dennoch viele Menschen mit seinem Elan mitreißen konnte. Sein Engagement in der Demokratiebewegung der DDR war für Eddi auch Kompass für die Politik im vereinigten Deutschland. So schrieb er einmal: „Der Umgang mit Lesben und Schwulen ist eine Frage der Demokratie; Antihomosexualität ist undemokratisch und grenzt eine Minderheit aus.“

Eddi Stapel hat ganz wesentlich die Ausrichtung des heutigen LSVD als Bürgerrechtsverband mitgeprägt. Nach der Verbandsgründung suchte und fand er erfolgreich Mitstreiter im Westen, die sich dem jungen Verband anschlossen. Bis 2006 war er im Bundesvorstand aktiv, hat sich für gleiche Rechte, für die Bewahrung der demokratischen Impulse von 1989 und für eine konsequente Menschenrechtspolitik eingesetzt: hartnäckig, beharrlich, immer auf die Kraft des Arguments setzend.



Foto: Caro Kadatz / LSVD

Nachdem er sich aus gesundheitlichen Gründen aus dem Bundesvorstand zurückziehen musste, wurde er einmütig zum Ehrenvorsitzenden des LSVD gewählt. Wir sind froh, dass Eddi Stapel noch den Beschluss des Bundestages zur Ehe für alle miterleben konnte. In der Parlamentsdebatte am 30. Juni 2017 wurde Eddi Stapel namentlich als eine der Persönlichkeiten gewürdigt, die die Öffnung der Ehe vor drei Jahrzehnten angeschoben und am Ende auch durchkämpft haben.

1996 wurde Eddi Stapel die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch Bundespräsident Roman Herzog verliehen, 2003 erhielt er den Zivilcouragepreis des CSD Berlin für seine Leistungen beim Aufbau einer bürgerrechtsorientierten Lesben- und Schwulenbewegung in der DDR.

Mit Eddi verliert nicht nur der LSVD, sondern auch die schwul-lesbische Emanzipationsbewegung und deutsche Bürgerrechtspolitik eine prägende Persönlichkeit, die viel für unsere Demokratie geleistet hat.

Eddi hat starke Fundamente gelegt. Gerade in Zeiten, in denen homophobe und generell menschenfeindliche Kräfte wieder lautstärker werden, sind seine Fundamente uns Basis und Auftrag zugleich, nicht nachzulassen im Kampf für Demokratie, Vielfalt und Respekt.

*Trauerrede von Günter Dworek:
www.lsvd-blog.de/?p=16020*

Ja, ich möchte in den LSVD eintreten. Programm und Satzung des LSVD erkenne ich an.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag* von 10,-€ 15,-€ 30,-€ _____ € *monatlicher Regelbeitrag 10€, für Nichtverdienende 2,50€

Name, Vorname: _____ Telefon: _____

Straße, Nr.: _____ Geburtsdatum (optional): _____

PLZ, Ort: _____ E-Mail: _____

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den LSVD e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Gleichzeitig weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem LSVD e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Abbuchung: viertel- / halb- / jährlich Kontoinhaber/in: _____

_____/_____/_____ IBAN: DE __ / ____ / ____ / ____ / ____ / ____

Kreditinstitut (Name und BIC)

Ich habe die Datenschutzerklärung des LSVD (www.lsvd.de/bottom-meta-navigation/datenschutz.html) gelesen und bin damit einverstanden, dass die mich betreffenden Daten vom LSVD verarbeitet werden, soweit sie für das Mitgliedschaftsverhältnis, die Betreuung und der Verwaltung der Mitglieder und die Verfolgung der Vereinsziele erforderlich sind.

Ort, Datum, Unterschrift

Weitere Infos: www.lsvd.de, www.hirschfeld-eddy-stiftung.de
lsvd@lsvd.de, Tel.: 0221 – 92 59 61 0



Für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt

Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht des LSVD 2017/2018

VORWORT

Das zurückliegende Jahr war für den LSVD von drei Ereignissen in besonderer Weise geprägt: Der Eheöffnung, der Rehabilitation und Entschädigung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten und der Bundestagswahl.

Mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 2017 über die Öffnung der Ehe für

gleichgeschlechtliche Paare kam der jahrzehntelang geführte Kampf um eine weitgehend vollständige rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Menschen zu einem glücklichen Ende. Die Tatsache, dass nicht nur Abgeordnete der Parteien, die schon lange für eine solche Gleichstellung eingetreten waren, für den Gesetzentwurf stimmten, sondern auch solche, deren Parteien bis zum Schluss erbittert gegen die Eheöffnung gekämpft hatten, macht deutlich, dass der Deutsche Bundestag mit dieser Entscheidung eine gesellschaftliche Entwicklung nachholte. Nur eine gute Woche zuvor hatte der Deutsche Bundestag mit dem Beschluss zur Rehabilitation und Entschädigung der Opfer antihomosexueller Strafgesetzgebung bereits eine historische Entscheidung getroffen. Nach langen Jahren der Ignoranz wurde einem Teil der Opfer staatlicher Verfolgung ihre Würde zurückgegeben. Leider weist das diesbezügliche Gesetz gravierende Lücken auf: Zum einen ist die vorgesehene Entschädigung für die Opfer, die durch eine menschenrechtswidrige Gesetzgebung verfolgt, inhaftiert und ihrer gesellschaftlichen Existenz beraubt wurden, viel zu gering. Zum anderen ist kritikwürdig, dass das Gesetz rückwirkend erneut unterschiedliche Schutzaltersgrenzen zwischen Homo- und Heterosexualität einführt und damit in diskriminierender Weise erneut einen Teil des § 175 StGB wiederauferstehen lässt.

Am 24. September fanden die Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag statt. Mit der AfD ist erstmals seit dem zweiten Weltkrieg eine rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Partei in den Deutschen Bundestag eingezogen. Dies stellt auch zivilgesellschaftliche Akteure wie den LSVD vor große und neue Herausforderungen. Um auf diese Herausforderungen angemessen zu reagieren, gab es zahlreiche Aktivitäten, die in dem vorliegenden Bericht ihre Zusammenfassung finden.



Foto: Caro Kautz / LSVD



Foto: Stefan Weitz (Kain)

1. Aktivitäten in der nationalen Politik

1.1 FÜR EIN GERECHTES RECHT

REGENBOGENFAMILIEN

Mit der Beschlussfassung über das ausführliche Papier zu Regenbogenfamilien auf dem Verbandstag 2017 liegt nun eine qualifizierte Positionsbestimmung des Verbandes vor, die der LSVD im vergangenen Jahr gegenüber den Bundes- und Landesministerien ebenso bekannt gemacht hat wie gegenüber der Fachöffentlichkeit und unseren Kooperationspartner*innen.

Ein Schwerpunkt lag darin, mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Vorträgen und Teilnahme an Veranstaltungen zu verdeutlichen, dass die zahlreichen familien- und abstammungsrechtlichen Probleme, denen sich Regenbogenfamilien gegenübersehen, durch die Öffnung der Ehe keineswegs beseitigt sind, wie vielfach angenommen wird. Der LSVD kämpft dafür, dass bei Kindern, die in eingetragenen Lebenspartnerschaften bzw. gleichgeschlechtlichen Ehen geboren werden, nicht mehr eine Stiefkindadoption erforderlich ist, damit beide Frauen die rechtliche Elternstellung erlangen. Ebenso setzt er sich für die Möglichkeit einer rechtsverbindlichen Elternvereinbarung ein und für das Wahlrecht von Trans* Eltern beim Eintrag in die Geburtsurkunde ihrer Kinder.

Der LSVD hat sich hier weiter gegenüber dem Bundesjustiz- und dem Bundesfamilienministerium sowie dem für das Personenstandsrecht zuständigen Bundesinnenministerium nachdrücklich dafür eingesetzt, dass der Gesetzgeber aktiv wird. Unterstützung für einen Teil unserer Forderungen fanden wir hierbei durch den Abschlussbericht, den die Fachkommission Abstammungsrecht nach mehrjähriger Beratung im August 2017 dem Justizministerium vorlegte. Nicht zuletzt stärkt auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Notwendigkeit eines dritten Geschlechtseintrags im Personenstandsrecht aus dem Oktober 2017 die Position des LSVD.

Mit dem Projekt „Beratungskompetenz für Regenbogenfamilien“, das von 07/2015 bis 06/2018 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird, will der LSVD einen Beitrag leisten, damit die Mitglieder von Regenbogenfamilien wohnortnah in Beratungsstellen fachkundigen Rat und Hilfe erhalten und sich willkommen fühlen können (www.regenbogenkompetenz.de).

miteinander STÄRKEN

Selbstbestimmt intergeschlechtlich leben

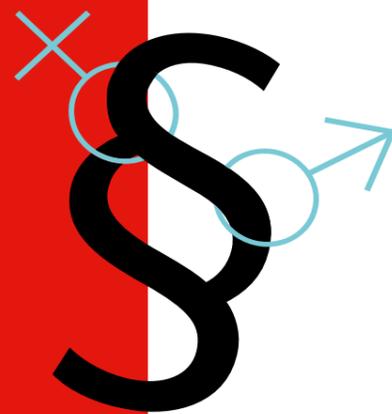
RECHT FÜR INTERGESCHLECHTLICHE MENSCHEN UND REFORM DES TRANSSEXUELLENRECHTS

Intergeschlechtlichen Menschen wurde im Oktober 2017 durch eine wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts endlich rechtliche Anerkennung zuteil.

Der LSVD hatte zu dem Verfahren auf Anfrage des Bundesverfassungsgerichts eine Stellungnahme abgegeben, die Manfred Bruns verfasst hatte. Darin wurde eindringlich auf die Situation intergeschlechtlicher Menschen und ihre bisher bestehende rechtliche Benachteiligung gegenüber Männern und Frauen hingewiesen. Es ist erfreulich, dass das Gericht in weiten Teilen dieser Argumentation gefolgt ist.

Keine Veränderung gab es im letzten Jahr bei der Rechtsstellung transgeschlechtlicher Menschen. Die alte und neue Regierungskoalition hat es trotz wiederholten Drängens auch des LSVD versäumt, die lange überfällige Neuregelung des in weiten Teilen verfassungswidrigen sogenannten Transsexuellengesetzes endlich auf den Weg zu bringen – oder auch nur im neuen Koalitionsvertrag zu erwähnen. Auch hierfür erhofft sich der LSVD durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Dritten Geschlecht neue Impulse. Der Gesetzgeber wurde aufgefordert, endlich eine umfassende Neuregelung zur Verwirklichung der geschlechtlichen Selbstbestimmung im Recht zu schaffen.

Das LSVD-Projekt „Miteinander stärken – Selbstbestimmt intergeschlechtlich leben“ fördert die Akzeptanz und Selbstbestimmung intergeschlechtlicher Menschen. Die Strukturstärkung von Organisationen intergeschlechtlicher Menschen, die Entwicklung einer bundesweiten, flächendeckenden Peer-to-Peer-Beratung und die Kommunikation von Bedarfen intergeschlechtlicher Menschen an Politik, an Fachkräfte und die allgemeine Öffentlichkeit wirken den Menschenrechtsverletzungen an und der Diskriminierung von Menschen mit angeborenen Variationen der Geschlechtsmerkmale entgegen.



1.2 FÜR MENSCHENWÜRDE – GEGEN HASS

ASYLRECHT

Im Asylrecht hat sich der LSVD im vergangenen Jahr weiterhin dafür eingesetzt, dass die Verfolgerstaaten Algerien, Tunesien und Marokko nicht zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. In allen drei Staaten werden Menschenrechte verletzt, Homosexuelle als soziale Gruppe verfolgt und einvernehmliche Sexualität unter Erwachsenen gleichen Geschlechts mit hohen Gefängnisstrafen bedroht. Menschen werden eingesperrt und misshandelt, nur weil sie anders lieben. Staaten als „sicher“ zu deklarieren, die Homosexualität kriminalisieren, stellt Menschenrechtsverstößen einen Freibrief aus.

Du willst
angstfrei leben?
Ich auch.

SPANNUNGSFELD ISLAMOPHOBIE – HOMOPHOBIE

Religion und LSBTI werden oft als Widerspruch gedacht. Die Geschichte religiös begründeter Verurteilung und Verachtung für LSBTI ist lang und hält bis heute an. „Sünde“ oder „nicht gottgewollt“ – LSBTI kennen religiös legitimierte Homophobie leider nur allzu gut. Auch die großen deutschen muslimischen Organisationen wie der Islamrat oder der Zentralrat der Muslime werten Homosexualität als Sünde. Lesben und Schwule sollen aber nicht diskriminiert werden. Diesen Widerspruch findet man jedoch auch im katholischen Katechismus und in evangelikalen Kreisen. Allerdings gibt es viele Muslim*innen in Deutschland, die z.B. für die Eheöffnung waren. Gleichzeitig gibt es antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit gerade im Zuge eines rechtspopulistischen Rollbacks, der als politische Strategie Homophobie instrumentalisiert und sich sonst mit homophoben Politiken und Stimmungsmache herortut.

Vor diesem Hintergrund suchte der LSVD den Kontakt zum Liberal-Islamischen Bund und der Türkischen Gemeinde. Daraus entstand die gemeinsame Postkartenkampagne „Du willst Respekt. Ich auch“ mit drei Sprüchen in Deutsch und Türkisch. Ebenfalls mit diesen beiden Organisationen gab es zusammen mit der Friedrich-Naumann-Stiftung die gemeinsame Veranstaltung „Du Ich Wir – gemeinsam gegen Homophobie. Politiken für Vielfalt und Respekt in Deutschland und der Türkei“, bei der Henny Engels für den LSVD auf dem Podium saß.



Gökay Sofuoğlu, Nushin Atmaca und LSVD-Bundesvorstand Helmut Metzner auf dem Aktionstag der Antidiskriminierungsstelle zum IDAHOT 2017



PROJEKT „MITEINANDER STÄRKEN. RECHTSPOPULISMUS ENTGEGENWIRKEN“

Seit Juli 2017 hat der LSVD ein neues bundesweit agierendes Projekt „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“. Ziel ist die Stärkung von Aktivist*innen und Fachkräften aus der Community und Bündnispartner*innen und die Vernetzung für neue Bündnisse für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt. Die beiden Projektmitarbeitenden Jürgen Rausch und René Mertens arbeiten seit Sommer letzten Jahres an der Durchführung des Projektes, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird.



René Mertens und Jürgen Rausch vom Projekt „Miteinander Stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken.“

NATIONALER AKTIONSPLAN

Die Bundesregierung hat am 14. Juni 2017 ihren „Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus – Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen“ beschlossen und veröffentlicht.

Der LSVD hat den Aktionsplan gemeinsam mit der Bundesvereinigung Trans* (BVT*) deutlich kritisiert: Der von der Bundesregierung verabschiedete „Plan“ ist nicht in die Zukunft gerichtet und nachhaltig, sondern in weiten Teilen bloße beschönigende Rückschau.

Der LSVD hatte der Bundesregierung bereits im Herbst 2015 Eckpunkte für einen bundesweiten Aktionsplan übersandt. 2016 hat er dann gemeinsam mit der BVT* weitere LSBTI-Organisation eingeladen, aus ihrer Perspektive die Eckpunkte zu ergänzen. Die erweiterten Eckpunkte wurden mit denen des „Netzes gegen Rassismus“ zusammengeführt. Koordiniert wurde die Zusammenarbeit und gemeinsame Texterstellung auf Seiten des LSVD von Günter Dworek und Markus Ulrich. Unter dem Motto „Menschenrechte schützen, Diskriminierung beseitigen“ ist so ein zivilgesellschaftliches Forderungspapier entstanden, das dem Aktionsplan der Bundesregierung offiziell als Anlage beigelegt ist.

AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSPOPULISMUS

Der Rechtspopulismus ist längst in Deutschland angekommen. Mit diffamierenden Kampfbegriffen und faktenfreien Kampagnen wird auch Stimmung gegen LSBTI gemacht. Die Gefahr durch den Rechtspopulismus war mit einem Panel mit der österreichischen Journalistin Ingrid Brodnig und Judith Rahner von der Amadeu-Antonio-Stiftung ein Schwerpunktthema beim Verbandstag 2017. Der LSVD hat sich in Beiträgen in der LSVD-Zeitschrift respekt und in mehreren Pressemitteilungen deutlich gegen die AfD positioniert, war bei mehreren Demonstrationen aktiv präsent und hat zusammen mit der Volkshochschule Köln am 17.05.2017 sowie der Friedrich-Naumann-Stiftung am 18.07.2017 in Berlin zwei Veranstaltungen dazu organisiert. Im Vorfeld der Bundestagswahl hat der LSVD das Online-Dossier „AfD – eine unberechenbare Alternative“ veröffentlicht und dort die Vorhaben, Kandidat*innen und Abgeordneten der AfD intensiv analysiert.

QUEER REFUGEES

Am 16. und 17. Dezember hat das Projekt Queer Refugees Deutschland in Köln den ersten Workshop mit geflüchteten LSBTI-Aktivist*innen unter dem Titel „Empowerment-Treffen“ durchgeführt. Der zweite Workshop fand am 3. März in Kooperation mit den Rainbow Refugees Mainz in Mainz statt zum Thema „Voneinander lernen“. Es ist weiterhin geplant, die erarbeiteten Ergebnisse im anstehenden Gespräch mit der Leitung des BAMF und mit der neuen Integrationsbeauftragten der Bundesregierung zu diskutieren.



Patrick Dörr und Lilith Raza vom Projekt „queer refugees deutschland“.



Im Rahmen des Projektes haben erste Schulungen stattgefunden. Auf Grundlage der Erfahrungen dort hat das Projekt zusammen mit dem rubicon ein Konzept zur Schulung von Sprachmittelnden entwickelt. Dies kann als Grundlage vor allem für dringend notwendige Schulungen der Sprachmittelnden beim BAMF dienen.

1.3 FÜR EINE ANERKENNUNG DER REALITÄT

MEDIENPOLITIK

Die Vertretung in öffentlich-rechtlichen Rundfunkräten wurde ebenso wie in Privatanstalten fortgeführt. Für 2018 ist ein weiterer Sitz im Deutschlandfunk, bei ARTE und beim MDR anvisiert. Eine wirksame Vertretung der Community ist nur dann möglich und sinnvoll, wenn feststeht, welche mediale Repräsentation man sich wünscht. Deshalb bedarf es dringend eines weiteren Austausches. Im ersten Regenbogenparlament in Berlin gab es ein Panel zum Thema Medien. Zudem gibt es eine gemeinsame Veranstaltungsreihe mit den Neuen Deutschen Medienmachern und Leidmedien zur Berichterstattung über Minderheiten. Die Vertretung in den Gremien kann nur dann wirksam für Sichtbarkeit vielfältiger Lebensweisen sorgen, wenn es ihr gelingt, auch andere Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Politik für das Thema zu sensibilisieren. Sie ist folglich nur gemeinsam mit anderen, fachfremden Akteur*innen stark. Wenn es keine institutionelle Vertretung von LSBTI, Frauen, People of Colour etc. in den Gremien gibt, ist ein langfristiger Wandel in den Medien nicht zu erwarten.

Inhaltlich sind themenbezogen folgende Schwerpunkte gesetzt worden: Sensibilisierung für die Thematik der Gleichstellung innerhalb der Gremien, Normalisierung im Umgang mit LSBTI, Erhöhung der Sichtbarkeit im Programm, Abbau von klischeehaften Darstellungen, Verbesserung der Sprache und Bilder in Bezug auf die Darstellung, Umgang mit Fehlerbewusstsein in diesem Bereich sowie senderinterne Weiterentwicklung von Diversityansätzen.

AKTIONSPLÄNE GEGEN HOMO- UND TRANSPHOBIE AUF LANDESEBENE

Die LSVD-Bund-Länder-Koordination beteiligte sich auch an der Erstellung und Kommentierung von Landesaktionsplänen in Sachsen und Thüringen. Im Rahmen der Vorbereitung des Aktionsplans im Saarland führte die Koordinationsstelle einen Workshop zu möglichen Themen und Beteiligungsprozessen durch und gab den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen einen Überblick über Themen und Erstellungsprozesse bereits existierender Aktionspläne und -programme. Die Unterstützung des LSVD Saar beim Thema Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie soll auch 2018 fortgeführt werden. Das Saarland wäre nach Thüringen (2018), Brandenburg (2018) und Sachsen (2017) das fünfzehnte Bundesland, das LSBTI*-Anliegen als Querschnittsthema in allen Fachpolitiken und gesellschaftlichen Bereichen verankern möchte. Nur die Bayerische Staatsregierung hielt es bislang nicht für nötig, einen entsprechenden Aktionsplan auf den Weg zu bringen.

Foto: Caro Katatz

1.4 FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

BUNDESTAGSWAHL

Die gesamten Aktivitäten des LSVD zur Bundestagswahl standen unter dem Motto: „Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“. Die Verabschiedung der Wahlprüfsteine beim Verbandstag 2017 definierte die Forderungen. Die Forderungen wurden auf Postkarten als Info-Material für die CSD-Saison bereitgestellt und in der Presse und in den social media verbreitet. Für die CSD-Saison wurde zusammen mit den Landesverbänden eine Foto-Aktion mit dem Schild „Ich wähle gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt“ beim Verbandstag gestartet.

Nach der Auswertung der Antworten der Parteien wurden insgesamt neun Grafiken, eine Gesamtübersicht, sowie eine Zielscheibengrafik „Wer trifft unsere Forderungen, wer schießt daneben?“ für die sozialen Medien erstellt und das Ergebnis der Auswertung pressetechnisch begleitet.

Ein Ziel der Aktionen war es, potentielle Wähler*innen aus der Community zu sensibilisieren und über die Gefahr des AfD-Programmes für eine offene Gesellschaft zu informieren. Dazu wurde ein LSVD-Check des AfD-Wahlprogramms und der AfD-Kandidat*innen mit einem Online-Dossier erstellt: „Die AfD – Eine unberechenbare Alternative.“

In Kooperation zusammen mit der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Universität Wien wurde erstmalig eine Wahlstudie „Wen wählen LSBTIQ?“ erstellt. Über 5.000 Menschen haben sich an dieser Studie zu einer Bundestagswahl beteiligt. Auch im internationalen Vergleich war dies die LGBTQ-Wahlstudie mit dem bisher größten Sample. Die Ergebnisse der Studie wurden in einer gemeinsamen Veranstaltung mit den Kooperationspartnern am 18.09. in Berlin vorgestellt.

Sehr zeitnah nach der Bundestagswahl wandte sich der LSVD an die Parteivorsitzenden mit Forderungen, die in den Koalitionsverhandlungen und dem zukünftigen Koalitionsvertrag Beachtung finden sollten. Dies galt sowohl für die erste Runde der „Jamaika“-Verhandlungen, als auch für die Verhandlungen zur Neuauflage der GroKo. Dabei wurden folgende Punkte benannt:

- ein Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von LSBTI-Feindlichkeit
- die Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 im Grundgesetz um die Merkmale der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität
- eine menschenrechtsbasierte Gesetzgebung zur Anerkennung der Geschlechtsidentität
- die rechtliche Anerkennung und Absicherung von Kindern in Regenbogenfamilien
- eine menschenrechtskonforme LSBTI-inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik
- ein glaubwürdiges weltweites Eintreten für Entkriminalisierung und Akzeptanzförderung von LSBTI.

Diese wurden auch in persönlichen Gesprächen mit an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Abgeordneten benannt. Ausgehend vom Sondierungspapier der Verhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD wurden konkrete Formulierungsvorschläge für den Koalitionsvertrag erarbeitet und verbreitet. Der Koalitionsvertrag für eine Neuauflage der Großen Koalition ist dennoch eine Enttäuschung. LSBTI werden auf den 180 Seiten weitgehend ignoriert. Zwar sollen „Alle Menschen [...] unabhängig von ihrer sexuellen Identität frei und sicher leben können“; was eine eventuelle Koalition dafür tun wird, bleibt weitgehend unklar. Der LSVD wird in der kommenden Legislaturperiode darauf drängen, dieses Versprechen mit konkreten Forderungen und Maßnahmen einzulösen.



Foto: Caro Katatz



GESUNDHEIT

Der LSVD verfolgt nachhaltig das Ziel einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung und wird sich im Rahmen der Tätigkeit des Bundesvorstands im kommenden Jahr verstärkt diesem Schwerpunkt zuwenden. Das in der Verfassung und dem UN-Sozialpakt verbriefte Recht auf Gesundheit muss einen diskriminierungsfreien Zugang zu gesundheitlicher Versorgung gewährleisten, die sich auch an den Bedürfnissen von (LSBTI)-Patient*innen orientiert. Der LSVD hat sich daher im vergangenen Jahr für die Erstellung eines Berichts zur gesundheitlichen Lage von LSBTI in Deutschland durch das Bundesgesundheitsministerium eingesetzt. Eine im Jahr 2017 veröffentlichte Studie, die eine deutlich überdurchschnittliche Betroffenheit von LSBTI-Patient*innen durch depressive Erkrankungen konstatiert, unterstreicht dieses Erfordernis nachdrücklich. Studien und Forschung über das Gesundheitsverhalten und die Gesundheitsversorgung von LSBTI fehlen in Deutschland weitgehend. Hier hat der LSVD in seiner Öffentlichkeitsarbeit deutlich gemacht, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie das Ministerium für Gesundheit in der Pflicht sind.

Auch die Entpathologisierung von Trans- und Intergeschlechtlichkeit sowie ein Verbot von medizinisch nicht notwendigen OPs an Inter* ohne deren Einwilligung stehen für den LSVD weiter ganz oben auf der Tagesordnung. Hier hat der Verband im vergangenen Jahr seine Kooperation mit der Bundesvereinigung Trans* und den Selbstorganisationen der intergeschlechtlichen Community vertieft.

Die meisten Menschen mit einer HIV-Infektion können dank der medizinischen Fortschritte und der Gesundheitsversorgung heute in Deutschland ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen. Für erfolgreiche Prävention und Therapie ist dabei ein angst- und diskriminierungsfreies Umfeld eine wichtige Voraussetzung. Dies muss auch den Zugang zu HIV-Prä-Expositionsprophylaxe (PrEP) umfassen. Der LSVD hat sich hier nachdrücklich für den kostengünstigen Zugang und die Kostenübernahme durch die Krankenkassen eingesetzt.

Der LSVD hat sich außerdem auch im vergangenen Jahr wiederholt für die rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren bei der Erstattung und der steuerlichen Berücksichtigung der Kosten für Kinderwunschbehandlungen stark gemacht. Zwei Entscheidungen des Bundesfinanzhofes (BFH) aus dem Oktober 2017 stützen dabei unsere steuerrechtliche Position. Es ist jedoch weiter dringend erforderlich, dass für das Krankenversicherungsrecht und das ärztliche Berufsrecht durch Bundesgesetz eine Klarstellung dahingehend erfolgt, dass die assistierte Reproduktion allen Menschen unabhängig von Familienstand und sexueller Orientierung bzw. geschlechtlicher Identität offensteht.

LESBISCHE SICHTBARKEIT / VERNETZUNG

Für den LSVD ist es ein zentrales politisches Anliegen, die Sichtbarkeit von Lesben in der Gesellschaft zu verbessern. Der Verband setzt sich dafür ein, dass Lesben in ihrer Vielfalt und ihren Potentialen, mit ihren Themen und Interessen, in jedem Lebensalter und in ihren unterschiedlichen Lebenslagen sichtbar werden. Der Verband setzt sich insbesondere für Gemeinsamkeiten – die Vertretung lesbischer Interessen, für Bündnisse und für Vernetzung – ein.

Der Bundesvorstand des LSVD forderte mit dieser Stellungnahme den Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten auf, in der Gedenkstätte Ravensbrück ein angemessenes Gedenken an das Leid lesbischer Frauen sicherzustellen. Ausgangspunkt für den LSVD war dabei die Überzeugung, dass das Gedenken an die Verfolgung, Inhaftierung, Folterung und Ermordung schwuler Männer nicht geschmälert oder gar entwertet wird, wenn auch das Leid von Lesben im NS-System und insbesondere in Ravensbrück thematisiert wird. Er hält es jedoch für unabdingbar, die Unsichtbarkeit der Verfolgung von Lesben zu thematisieren und darauf zu drängen, dass Forschung und Lehre aufgefordert bleiben, den unbeantworteten Fragen zu Leben, Verfolgung und Ermordung lesbischer Frauen im Nationalsozialismus weiter nachzugehen.

Um das Thema im Verband zu positionieren, wurde eine Podiumsdiskussion zum Thema „Lesben und lesbische Sichtbarkeit im LSVD“ beim Verbandstag 2018 vorbereitet, bei dem es um historische Ursachen fehlender lesbischer Sichtbarkeit und um Schritte zu ihrer Überwindung geht. Zur Vorbereitung wurde im Vorfeld eine Umfrage bei den Lesben im LSVD durchgeführt, um Themen, Interessen und Kritik zu erfragen.

Der Bundesvorstand hat 2017 begonnen, ein Treffen von Lesben innerhalb und außerhalb des LSVD im November 2018 vorzubereiten. Zu dem geplanten Treffen sollen verschiedene Akteurinnen aus der lesbischen Community eingeladen werden.



Historikerin **Kirsten Plötz** (l.) mit **Axel Hochrein**, **Ulrike Schmauch** und **Gabriela Lünsmann** (alle LSVD-Bundesvorstand) im Panel zum Thema **Lesben und lesbische Sichtbarkeit im LSVD** beim 30. LSVD-Verbandstag



2. Internationales

2.1 MENSCHENRECHTE

SUMMIT WORLD PRIDE MADRID

Ende Juni 2017 nahm Klaus Jetz für den LSVD und die HES auf Einladung des Auswärtigen Amtes am World Pride in Madrid teil. Er nahm als Referent an zwei Panel-Veranstaltungen teil, eines zum Thema LSBTI-Geflüchtete in Deutschland und ein weiteres zum Thema LSBTI und Menschenrechte.



TSCHETSCHENIEN

Im April letzten Jahres schrieb der LSVD Bundeskanzlerin Merkel an mit der Bitte, bei ihrem Gespräch mit Präsident Putin am 2. Mai in Sotschi die brutalen Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen in Tschetschenien offen anzusprechen, darauf zu drängen, dass die russische Regierung auf die Machthaber in Grosny einwirkt, um die Menschenrechte von Homosexuellen in Tschetschenien zu schützen, und auf Aufklärung der Morde und Bestrafung der Schuldigen zu bestehen. Die Bundeskanzlerin hat Präsident Putin in Gesprächen und am 2. Mai öffentlich aufgefordert, seinen Einfluss geltend zu machen, um die Menschenrechte von Homosexuellen in Tschetschenien zu gewährleisten.

2.2 VEREINTE NATIONEN

ÄGYPTEN

Zu Jahresbeginn ließ das repressive al-Sisi-Regime erneut 10 LSBTI-Personen verhaften, womit die Zahl der seit September 2017 verhafteten LSBTI-Personen auf 85 stieg. Der LSVD forderte die Bundesregierung auf, die Verhaftungen klar zu verurteilen und auf Freilassung der Betroffenen zu drängen. Die Menschenrechtsbeauftragte Bärbel Kofler versicherte in einem Schreiben an den LSVD, dass sie und das Auswärtige Amt die Situation genau verfolgen und klare Worte gegenüber den ägyptischen Behörden gefunden haben und dies auch weiterhin tun werden.

MASAKHANE

Im Dezember des Jahres 2017 konnte das vierjährige Masakhane-Projekt, mit einem evaluation workshop abgeschlossen werden. Lesben und Trans Aktivist*innen aus den Projektländern Sambia, Botswana und Simbabwe haben ihre Erfahrungen aus dem Projekt ausgewertet und daraus best practice Beispiele entwickelt.

Das Masakhane-Projekt, im Jahre 2013 vom LSVD ins Leben gerufen, wurde aus den Mitteln des BMZ und filia. die frauenstiftung bezahlt und vom LSVD gemeinsam mit filia. die frauenstiftung von deutscher Seite umgesetzt. Vor Ort wurde es geplant, geleitet und umgesetzt von der Projektpartnerin, die Coalition of African Lesbians (CAL) unter Leitung von Dawn Cavanagh, der Direktorin von CAL. Es handelt sich dabei um das größte Menschenrechtsprojekt für LSBTI, das die deutsche Bundesregierung jemals unterstützt hat.



Uta Schwenke (LSVD Bundesvorstand) und Sonja Schelper (filia. die frauenstiftung) beim Projektbesuch in Johannesburg

Fotos: LSVD

UNTERSTÜTZUNG VON LSBTI-PROJEKTEN UND NOTFALLHILFE

An Freundinnen und Freunde des LSVD in Russland, die sich um nach Moskau oder St. Petersburg geflüchtete LSBTI aus Tschetschenien kümmern, konnte im vergangenen Jahr mit Unterstützung des Aktionsbündnisses gegen Homophobie ein hoher Spendenbetrag überwiesen werden.

Weitere Spendengelder wurden weitergeleitet an die Partnerorganisationen in Uganda, Nigeria sowie Kanada, wo die exiliranische Organisation IRQR ansässig ist, die LSBTI-Geflüchtete aus dem Iran unterstützt. Insgesamt konnten wir im Berichtszeitraum über 44.500 Euro an eingeworbenen Spendengeldern für LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen weiterleiten.

LGBTI-PLATTFORM MENSCHENRECHTE STREITET FÜR INKLUSIONSKONZEPT

Am 1. Juni 2017 hat die Plattform die internationale Konferenz „Time to react – zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume stärken“ im Auswärtigen Amt in Berlin durchgeführt. Anlässlich der Konferenz haben GPP, Dreilinden und die EVZ ein internationales Geber-Treffen am Morgen vor der Konferenz durchgeführt, intensiv unterstützt von der HES.

Am 18. November 2017 hat die Plattform ein „13-Punkte-Forderungspapier“ aufgestellt. Darin sind die „Vorüberlegungen zu einem LSBTIQ*-Inklusionskonzept aus zivilgesellschaftlicher Sicht formuliert. Das 13-Punkte-Papier wurde im Auswärtigen Amt vorgestellt, es enthält im Wesentlichen Forderungen an die Politik des BMZ.



2.v.l. Sarah Kohrt (Hirschfeld-Eddy-Stiftung) bei der Konferenz „Time to React“

3. Mitarbeit in Netzwerken und Vertretungsaufgaben

Der LSVD arbeitet seit etlichen Jahren intensiv im Forum Menschenrechte mit. Klaus Jetz vertritt den LSVD in der AG Wirtschaft und Menschenrechte. Henny Engels arbeitet für den LSVD in der AG Rechte von Frauen und LSBTI* mit und ist derzeit die kommissarische Sprecherin dieser AG. Im Forderungskatalog des Forums zur Bundestagswahl 2017 konnten die Themen und Anliegen des LSVD gut platziert werden.

Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld feierte 2016 ihr fünfjähriges Bestehen. Seit Beginn sitzen zwei Vertreter*innen des LSVD (mit 1 Stimmrecht) im Kuratorium der Stiftung.

Henny Engels vertritt den LSVD in der Mitgliederversammlung des Deutschen Instituts für Menschenrechte und wurde 2016 in das Kuratorium des Instituts gewählt. Der LSVD ist seit Gründung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes in deren Beirat vertreten. In der Nachfolge von Manfred Bruns ist Uta Schwenke seit 2014 vom BMFSFJ als Vertreterin berufen. Der Beirat tagt regelmäßig zwei Mal im Jahr und soll die ADS beraten.

Die letzte Beiratssitzung der 2017 zu Ende gegangenen Wahlperiode fand am 13.09.2017 mit Verabschiedung der langjährigen Leiterin Frau Lüders statt. Der LSVD würdigte das große Engagement und die Verdienste von Frau Lüders für die Rechte von LSBTI, insbesondere bei der Rehabilitierung der nach § 175 StGB Verurteilten.



Helmut Metzner, LSVD-Bundesvorstand

Die Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ betreut auch das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin. Seit vielen Jahren wird der LSVD im Beirat der Stiftung von Günter Dworek vertreten.

Aktuell wird ein neuer Kurzfilm produziert, der ab Juni 2018 im Homosexuellen-Denkmal gezeigt werden soll.

Derzeit läuft zudem die Vorbereitung für den Festakt zum zehnjährigen Bestehen des Denkmals, der am 3. Juni 2018 stattfindet. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird dort ein Grußwort halten.

Der LSVD ist seit Gründung Mitglied des Bündnisses Solidarität mit den Sinti und Roma Europas und wird dort abwechselnd vertreten durch Helmut Metzner und Henny Engels. Das Bündnis will dem immer noch vorhandenen und in breiten Bevölkerungsschichten akzeptierten Antiziganismus begegnen, weil es Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft, der Medien und der Politik ist, roma- und sintifeindliches Denken und Handeln zu benennen, zu verurteilen, dagegen anzugehen und den Betroffenen ihre Solidarität auszusprechen. Das Bundesinnenministerium ist der Veranstalter des halbjährlich tagenden Forums gegen Rassismus. Der LSVD ist Mitglied und nimmt an den Sitzungen teil. Auch in der No-Hate-Speech-Kampagne ist der LSVD beteiligt. Zudem ist der LSVD Praxispartner des Forschungsprojekts „REVERSE („KRisE der Geschlechter-VERhältnisE?) Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial“) an der Universität Marburg und ist im Fachbeirat des „Wissensnetz Geschlechtliche Vielfalt & Gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ vom Bildungsträger ABqueer e.V. und FLMH – Labor für Politik und Kommunikation.



Henny Engels, LSVD-Bundesvorstand

5. Rechtsberatung

Die Geschäftsstelle beantwortet zahlreiche und vielfältige Anfragen von LSBTI, auch mit Hinweis auf die Ratgeberseiten auf der Website des LSVD. Die Anfragen von Geflüchteten haben gegenüber dem Vorjahr zwar leicht abgenommen, machen aber immer noch einen erheblichen Anteil der Beratungstätigkeit aus. In Beantwortung der Anfragen wird auch auf die mehrsprachige Webseite www.queer-refugees.de hingewiesen.

Die Rechtsberatung wurde im vergangenen Jahr zunächst von Sandro Wiggerich und bei seiner Abwesenheit von Manfred Bruns fortgeführt. Da Sandro Wiggerich wegen einer beruflichen Veränderung die Rechtsberatung Ende 2017 aufgeben musste, wurde die Beratungstätigkeit neu ausgeschrieben. Von den sehr qualifizierten Bewerber*innen konnten Maria Seitz und Richard Yamato gewonnen werden. Richard Yamato wird zukünftig die allgemeine Rechtsberatung wahrnehmen, Maria Seitz im Projekt Queer Refugees speziell die Anfragen von Geflüchteten beantworten.

Die Ratgeberseiten und die Dokumentation einschlägiger Rechtsprechung werden von Manfred Bruns ständig aktuell gehalten. Inhaltlich sind in der Rechtsberatung fast sämtliche Rechtsgebiete betroffen; deutliche Schwerpunkte liegen jedoch im Familienrecht (oft mit Auslandsbezug: grenzüberschreitende Familiengründung, binationale Lebenspartnerschaften/Ehen, Ehen im Ausland), im Ausländer- und Asylrecht sowie im Arbeitsrecht. Einen neuen Schwerpunkt in der Rechtsberatung stellen Fragen dar, die sich im Zusammenhang mit der Eheöffnung ergeben – insbesondere zu Familien- und Abstammungsrecht, aber auch in allen anderen Rechtsbereichen, die Ehegatten betreffen.

Fotos: Caro Kadatz

LSVD-Adressen

LSVD-Bundesgeschäftsstelle

Hülchrather Str. 4
50670 Köln
Postadresse:
Postfach 10 34 14
50474 Köln
Tel.: 0221 - 92 59 61 0
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: lsvd@lsvd.de
www.lsvd.de
www.lsvd-blog.de

LSVD-Pressestelle und Bund-Länder-Koordination

Almstadtstr. 7
10119 Berlin
Tel.: 030 - 78 95 47 78
Fax: 030 - 78 95 47 79
E-Mail: presse@lsvd.de
www.lsvd.de
www.lsvd-blog.de

ILSE - Initiative lesbischer und schwuler Eltern

c/o LSVD
Postfach 10 34 14
50474 Köln
Tel.: 0221 - 92 59 61 0
E-Mail: ilse@lsvd.de
www.ilse.lsvd.de

LSVD Baden-Württemberg

c/o Weissenburg e.V.
Weissenburgstr. 28a
70180 Stuttgart
E-Mail: ba-wue@lsvd.de
www.ba-wue.lsvd.de

LSVD Bayern

c/o Sub -
Schwules Kommunikations-
und Kulturzentrum
Müllerstr. 14
80469 München
E-Mail: bayern@lsvd.de
www.bayern.lsvd.de

LSVD Berlin-Brandenburg

Kleiststr. 35
10787 Berlin
Tel.: 030 - 22 50 22 15
Fax: 030 - 22 50 22 21
E-Mail: berlin@lsvd.de
www.berlin.lsvd.de

LSVD Hamburg

c/o Hein und Fiete
Pulverteich 21
20099 Hamburg
Tel.: 040 - 28 05 09 83
E-Mail: hamburg@lsvd.de
www.hamburg.lsvd.de

LSVD Hessen

Postfach 17 03 41
60077 Frankfurt / Main
E-Mail: hessen@lsvd.de
www.hessen.lsvd.de

LSVD Mecklenburg-Vorpommern - Gaymeinsam e.V.

Lübecker Str. 43
19053 Schwerin
Tel./Fax: 0385 - 55 75 54
E-Mail: info@gaymeinsam-mv.de
www.gaymeinsam-mv.de

LSVD Niedersachsen-Bremen

Postfach 42 01 05
30661 Hannover
Tel.: 0511 - 27 78 96 20
Fax: 0511 - 27 78 96 21
E-Mail: nds-bremen@lsvd.de
www.nds-bremen.lsvd.de

LSVD Nordrhein-Westfalen

Hülchrather Str. 4
50670 Köln
Postadresse:
Postfach 10 34 14
50474 Köln
Tel.: 0221 - 92 59 61 0
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: nrw@lsvd.de
www.nrw.lsvd.de

LSVD OV Köln

Hülchrather Str. 4
50670 Köln
E-Mail: koeln@lsvd.de
www.koeln.lsvd.de

LSVD Rheinland-Pfalz

c/o Bar jeder Sicht
Hintere Bleiche 29
55116 Mainz
E-Mail: rlp@lsvd.de
www.rlp.lsvd.de

LSVD Saar

Mainzer Str. 44
66121 Saarbrücken
Tel.: 0681 - 39 88 33
Fax: 0681 - 39 88 66
E-Mail: info@checkpoint-sb.de
www.saar.lsvd.de

LSVD Sachsen

c/o Information Center for LGBTI Refugees
Hilbersdorferstr. 72
09131 Chemnitz
E-Mail: sachsen@lsvd.de
www.sachsen.lsvd.de

LSVD Sachsen-Anhalt

Schäfferstr. 16
39112 Magdeburg
Tel./Fax: 0391 - 54 32 56 9
E-Mail: sachsen-anhalt@lsvd.de
www.sachsen-anhalt.lsvd.de

LSVD Schleswig-Holstein

c/o RA Wolters
Meesenring 2
23566 Lübeck
E-Mail: schleswig-holstein@lsvd.de
www.schleswig-holstein.lsvd.de

LSVD Thüringen

c/o Aids-Hilfe Thüringen
Liebknechtstr. 8
99085 Erfurt
E-Mail: vorstand@lsvd-thueringen.de
www.lsvd-thueringen.de

AKZEPTANZ VON LSBTI* weiter gestalten

2. Regenbogenparlament

FORUM Volkshochschule
im Museum am Neumarkt
Cäcilienstraße 29 - 33
50667 Köln

Samstag, 22.09.2018
9:30-17:00 Uhr





Lernen Sie die taz neu kennen: täglich mit der taz-App und am Samstag mit der gedruckten taz am Wochenende.

10 Wochen taz für 10 Euro.
taz.de/10wochen

Print-à-porter

Unabhängiger taz-Journalismus.
Getragen von Vielen.

TAZ VERLAGS- UND VERTRIEBS GMBH
BERLIN, RUDI-DUTSCHKE-STRASSE 23

AB SOMMER 2018: BERLIN, FRIEDRICHSTRASSE 21